

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 197 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 6/2011 · VOM 7. JUNI 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Der Bürgermeister
hat immer recht**
Eberswalder Praxis

8/9 | **Transformation
statt Wachstum!!!**
Der Attac-Kongreß im Mai 2011

13 | **Der Befund
ist noch schlimmer**
Heimkehr der Faschisten



Falsche Hoffnungen?

»Stadt legt Eichwerder Ring auf Eis« und »Grüner Kirchhang als Marktgegenstück« – solche Schlagzeilen in der Presse wecken Hoffnungen, in der Stadtverwaltung würden erste Korrekturen in der zweifelhaften Innenstadtentwicklung vorgenommen. Doch solche Hoffnungen sind mehr als trügerisch. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß die Stadtverwaltung nicht von ihrer bisherigen Positionen abrückt, sondern deren Realisierung nur aufschiebt. Auch das Angebot, über die Gestaltung der »Stadtpromenade« am Finowkanal die Bürgerinnen und Bürgern mitreden zu lassen (Seite 4), reduziert sich auf Detailfragen. Auch bei der Gestaltung der Gedenkstätte für die Eberswalder Synagoge ist längst alles in Sack und Tüten. Nachdem die »Barnimer Bürgerpost« bereits im August 2010 forderte »Die Mauer muß weg!« (BBP 8/2010), bildete sich jetzt eine Bürgerinitiative, deren Anliegen bei der Stadtverwaltung aber kein Gehör findet.

Wenn der Eichwerder Ring nun auf Eis gelegt wird, ist damit zugleich gesagt, daß das Projekt jederzeit wieder aktuell werden könnte. Die Stadt begründet den vorläufigen Stop des Eichwerder Rings damit, daß der Landesbetrieb Straßenwesen seine Positionen zum Eichwerder Ring geändert habe. Der Landesbetrieb stimmt einer Verkehrsverlagerung von der Breiten Straße auf den Eichwerder Ring nicht zu. Aber was ist neu an dieser Aussage?

Bereits am 12. Februar 2010 erklärte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in einem Schreiben an den Petitionsausschuß des Bundestages, daß das »Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg als Auftragnehmer des Bundes der Stadt Eberswalde im Dezember 2009 in einer gemeinsamen Beratung mitgeteilt (hat) ... daß die Planung der Stadt dahingehend zu überarbeiten ist, daß die Funktion der Bundesstraße in der aktuellen Trassenführung erhalten bleibt. Eine Verlegung der bestehenden Ortsdurchfahrt der B 167 auf umwegige und ungeeignete, bisher kommunale Straßen lehnt das BMVBS ab.«

Bereits am 25. Februar 2010 informierte ich die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Abgeordnetenfragestunde über dieses Schreiben. Im Amtsblatt vom März 2010 schlug ich daraufhin vor, auch unter Berücksichtigung der Haushaltslage und der Anliegerinteressen auf den Eichwerder Ring zu verzichten.

Vor diesem Hintergrund ist der aktuelle Aufschub der Realisierung des Projektes kein Hinweis auf eine Korrektur des städtischen Kurses. Ganz nebenbei ist zu hinterfragen, woher sich die Verwaltung das Recht nimmt, die Realisierung ohne entsprechende Beschlußfassung in der StVV auszusetzen. (Seite 3)

Vorübergehende Lösung

Wer nun aus den aktuellen Gestaltungsplänen für den Kirchhang schließt, daß keine Bebauung erfolgt und wir uns dauerhaft an einer Grünfläche an dieser Stelle erfreuen können, der verkennt, daß auch hier nur eine vorübergehende Lösung vorgesehen ist. Die Neugestaltung der Grünfläche Kirchhang darf nur als zeitweilige Lösung verstanden werden. Welcher Art eine nicht ausgeschlossene Bebauung des Kirchhanges ist, war in öffentlichen Sitzungen der städtischen Gremien noch nicht zu hören.

Auch wenn die beiden genannten Projekte zunächst einmal vom Tisch sind, so sind die weiteren Entwicklungen permanent zu hinterfragen. Scheinbare Einsichten der Verwaltung in stadtgestalterische Erfordernisse und Bürgerbedürfnisse könnten sich als rein taktisches Kalkül entpuppen.

ALBRECHT TRILLER

Die Misere

Noch im Dezember wurde der Beitrag des Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg als Auflöser des stehenden Heeres in Deutschland an dieser Stelle umfassend gewürdigt. Nun ist er auch hin. Gemobbt von fleißigen Akademikern wegen eines erschlichenen Doktorhutes. Schade, nun kann er die Früchte seiner großen Taten nicht im Amt genießen.

Irgendwie hat er den gut bezahlten Feldwebeln, Leutnants, Hauptmännern und Generalen wohl zuviel zugemutet. Womit sollten die auch ihre Familien ernähren? Schließlich geht es auch um Arbeitsplätze und ganze Regionen. Die Sache muß also langsamer gehen. Deshalb macht jetzt der Karl Ernst Thomas de Maizière den Bundesminister für Verteidigung. Auch Minister de Maizière ist von altem Dienstadel. Hugenottisch geprägt, Erfahrungen im Staatsdienst und vom Vater her ordentlich eingewiesen. Das schafft Vertrauen und Ruhe an der Heimatfront auch bei den Evangelischen.

Problematisch ist es nur mit der Begeisterung bei den niederen Chargen. Soldaten werden natürlich im Heer noch gebraucht. In Propaganda ist der Bundesminister Thomas de Maizière nicht so gut. Es soll Leute geben, die während seiner Reden eingeschlafen und erst nach drei Tagen wieder aufgewacht sind.

Zu denken geben dürfte die emsige Tatkraft der grünen Partei. Die suchen auf der ganzen Welt nach neuen Aufgaben für das Heer. Natürlich gibt es noch jede Menge schrecklicher Orte. Den Südpol, die Atacamawüste, den Mariannengraben, den Grimsvötn und die Goldgruben am Witwatersrand, um nur einige zu nennen. Überall dort könnte man prima üben, um die freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen.

Außerdem wären an diesen Orten Mensch und Material enormen Belastungen ausgesetzt. Welche Innovationen könnten dadurch entstehen. Außerdem ist dort kaum mit Feindberührung zu rechnen. Das spart Anwaltskosten, Müll und Energie. Vorsicht Kameraden, wenn die Grünen mitmachen. Die Sache täuscht, wie wir vom Bundesminister für Gesundheit Philipp Rösler aus der Fabel vom Frosch und der Wärme wissen. Seid wachsam, sonst werdet ihr bei lebendigem Leibe vorgeführt und dann ist es zu spät.

Auch der neue Minister kann die Entwicklung nicht aufhalten. Es gibt einfach keine Aufgaben für ein stehendes Heer. Wir sind von Freunden umzingelt. Wikinger, slawische und mongolische Horden, die Erbfeinde im Westen und die Kommunisten im Osten, alle sind friedlich geworden und wollen uns einfach nicht mehr überfallen.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Dienstag, 14.6., 17 Uhr, Jugend- und Kulturverein »Exil« Eberswalde, Eisenspaltrei:
Veranstaltung 10 Jahre Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit
 Kontakt: Kai Jahns, Telefon 0152 24389160

Nach dem Prozeß gegen Ex-Bürgermeister Schulz:

Geheimniskrämerei der Stadtverwaltung

Eberswalde (bbp). Es war die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) nach der am 2. Mai erfolgten Verurteilung von Ex-Bürgermeister Reinhard Schulz wegen Vorteilsnahme und Untreue. Der derzeitige Bürgermeister Friedhelm Boginski gab unter dem Tagesordnungspunkt »Informationen« wie üblich seinen Bericht über die Arbeit der Stadtverwaltung seit der letzten StVV-Sitzung.

Auf eine Stellungnahme zum Schulz-Prozeß jedoch verzichtete er. Schon in der vorangegangenen Sitzung des Hauptausschusses hatten mehrere Ausschußmitglieder dazu Fragen aufgeworfen, worauf Boginski deutlich machte, daß er das Urteil im Schulz-Prozeß gerne ohne weitere Debatte als Schlußpunkt des Spendenskandals sehen möchte.

Nach der Aufdeckung des Spendenskandals und der darauffolgenden Bürgermeisterab- und -neuwahl im Jahr 2006 hatte Boginski im Wahlkampf die unverzügliche und lückenlose Aufklärung, bis hin zu dienstrechtlichen Konsequenzen, versprochen. Der Stadtverordnete Albrecht Triller wollte das Thema ansprechen, wurde jedoch zurückgewiesen. Zum Tagesord-

nungspunkt »Information des Bürgermeisters« seien nur Verständnisfragen zulässig. Auf Trillers Forderung, daß die Verwaltung einen Abschlußbericht zum Spendenskandal mit entsprechenden Schlußfolgerungen als Vorlage in die StVV einbringen soll, gab es im öffentlichen Teil keinerlei Reaktion.

Erst im nichtöffentlichen Teil berichtete die Mitarbeiterin des Rechtsamtes Birgit Jahn ausführlich über den Ablauf der (öffentlichen!) Hauptverhandlung, das (öffentlich) ausgesprochene Urteil und die (ebenfalls öffentlich erfolgte) mündliche Urteilsbegründung. Lediglich die folgenden Ausführungen zum Dienstverhältnis und der Bezüge des Ex-Bürgermeisters trugen tatsächlich nichtöffentlichen Charakter. Schlußfolgerungen aus dem Prozeß waren in dem Bericht nicht enthalten.

Ein unmittelbarer Handlungsbedarf durch die Stadtverwaltung wird nicht gesehen. Erst müsse das Urteil schriftlich vorliegen und die Unterlagen, die damals an die Staatsanwaltschaft übergeben worden sind, zurück sein. Das kann dauern. Und ohnehin sei der Landrat der Disziplinarvorgesetzte des Bürgermeisters.

Neuaufgabe geplant:

Ein Wegweiser für Blinde

Am 21. Oktober 2009 übergab der Eberswalder Freundeskreis für Blinde und Sehbehinderte in feierlicher Form die Erstausgabe des »Wegweisers für Blinde und Sehbehinderte im Landkreis Barnim«. Um möglichst vielen Betroffenen mit verschiedensten Augenerkrankungen den Zugang zu ermöglichen und unter Beachtung der Nutzungsbedingungen unterschiedlichster Hilfsmittel wurde das Verzeichnis der Ansprechpartner als Broschüre, als Brailledruck und in akustischer Form als DAISY-CD herausgebracht. Für das Internet entstand eine vollkommen neu gestaltete Webseite, die unter www.wegweiser.wittigshus.de alle aktuellen Daten enthält. Es zeigte sich bald, daß insbesondere die Broschüre nicht nur bei blinden und sehbehinderten Bürgern des Landkreises Anklang fand. Neben Menschen mit anderen Behinderungsarten greifen u.a. auch Einrichtungen und Behörden auf die Informationen der Broschüre zu. Vielerorts war die Broschüre schnell vergriffen.

Am Welttag der Menschen mit Behinderten, dem 3. Dezember 2011 ist nun die Übergabe eines neuen Wegweisers für Blinde und Sehbehinderte im Landkreis Barnim vorgesehen. Derzeit werden die Daten mit Unterstützung des Landkreises aktualisiert und ergänzt. So wird die neue Ausgabe um einige Informationen erweitert, die nicht nur für blinde und sehbehinderte Menschen interessant sein dürften.

Der Eberswalder Freundeskreis bittet um Unterstützung bei der inhaltlichen Gestaltung. Bitte nutzen Sie das Kontaktformular auf www.wegweiser.wittigshus.de, um über notwendige Korrekturen oder über nützliche Ergänzungen zu informieren.

Geplant ist eine wesentlich höhere Auflage der Broschüre. In Abhängigkeit von zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln wird es auch wieder eine Audio-CD und eine Braille Ausgabe geben.

HARTMUT WITTIG, Eberswalder Freundeskreis Blinder und Sehbehinderter

Gedenken an Falko Lüdtkke

Eberswalde (bbp). Auch in diesem Jahr erinnerten am Nachmittag des 31. Mai zahlreiche Jugendliche an der Bushaltestelle in der Spechthausener Straße an den Eberswalder Antifaschisten Falko Lüdtkke. Vor elf Jahren hatte Falko Lüdtkke den Neonazi Mike Bähler wegen dessen Hakenkreuz-Tattoo zur Rede ge-

stellt. In der nachfolgenden Auseinandersetzung stieß der Neonazi seinen Kontrahenten in Höhe der Bushaltestelle auf die Straße, wo ihn ein vorbeifahrendes Taxi erfaßte. Falko Lüdtkke verstarb noch am selben Abend an den erlittenen Verletzungen. Er war das zweite Todesopfer rechter Gewalt in Eberswalde nach 1990.

»Fraktionslose« fordern Abschlußbericht zum Spendenskandal

Eberswalde (bbp). Im Jahr 2006 mußte der damalige Bürgermeister Reinhard Schulz abtreten. Die Eberswalderinnen und Eberswalder wollten keinen der Korruption verdächtigen Bürgermeister. Aufklärung war angesagt. Am 21. Juni 2007 nahm die Stadtverordnetenversammlung (StVV) einen Bericht der Verwaltung über die Prüfung ausgewählter Sachverhalte aus dem Bericht zur überörtlichen Prüfung der Stadt Eberswalde durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt des Landkreises Barnim entgegen. Die StVV stellte fest, daß damit die verwaltungsinterne Sachverhaltsaufklärung abgeschlossen sei.

Dabei war zu berücksichtigen, daß wegen des Spendenskandals inzwischen ein Ermittlungsverfahren gegen Ex-Bürgermeister Schulz lief und die entsprechenden Unterlagen an die Staatsanwaltschaft übergeben worden waren. Deshalb heißt es in dem Bericht: »Die Ergebnisse der staatsanwaltlichen Ermittlungen bleiben abzuwarten. Die Stadt Eberswalde wird als möglicherweise Geschädigte zu gegebener Zeit Akteneinsicht in die Ermittlungsvorgänge beantragen«.

Mit der Verurteilung von Ex-Bürgermeisters Reinhard Schulz am 2. Mai 2011 ist das Strafverfahren beendet worden. Somit ist nunmehr

die Möglichkeit gegeben, die bisher noch offenen Fragen des Spendenskandals zu beantworten und abschließende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Davon geht die Fraktion der Fraktionslosen aus. Zur Sitzung der Stadtverordneten am 23. Juni hat die Fraktion daher eine Beschlussvorlage zur Abstimmung eingereicht, mit welcher die Verwaltung der Stadt Eberswalde beauftragt wird, »einen Abschlußbericht zum Spendenskandal zu erarbeiten und nach Beratung im Finanzausschuß und im Rechnungsprüfungsausschuß der StVV am 29.09.2011 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen«.

Tierpark-Spender bleiben ungenannt

Die Spendenaffäre der Stadt Eberswalde von 2006 fand mit einem Gerichtsurteil einen gewissen Abschluß. Doch tatsächlich abgeschlossen ist das Thema nicht. Zwar hat die Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 21. Juni 2007 die verwaltungsinterne Aufklärung als abgeschlossen erklärt, jedoch war damals in vielen Aussagen der Vorbehalt der laufenden staatsanwaltlichen Ermittlungen enthalten.

Es war also davon auszugehen, daß der Aufklärungsprozeß nach Abschluß des juristischen Teils durch Stadtverordnete und Stadtverwaltung wieder aufgegriffen wird. Doch dafür gibt es bislang keinerlei Anzeichen. Im Gegenteil, das aktuelle Geschehen in den Stadtverordnertengremien lassen den Verdacht aufkommen, die ganze Sache solle im Sande verlaufen.

Bereits 2005, vor Ruchbarwerden des »Spendenskandals« hatte die Linksfraktion (damals noch unter dem Namen PDS) initiiert, halbjährlich einen Spendenbericht vorzulegen. Das wurde später ergänzt durch die Vorschrift, die Annahme größerer Spendenbeträge in der StVV zu beschließen.

Eine solche Vorlage, Spenden anzunehmen, stand jetzt auch auf der Tagesordnung der StVV-Sitzung am 26. Mai 2011. Der Tierpark Eberswalde darf sich im Jahr 2011 über Sachzuwendungen in Höhe von insgesamt 99.000

Euro freuen. Für die Wärmesanierung an Tierhäusern und Wirtschaftsgebäuden entsprechend des bestätigten Energiekonzeptes gibt es 30.000 Euro. Für den weiteren Ersatz maroder Schließsysteme werden 20.000 Euro investiert. Die Fertigstellung der stahlbaumäßigen Komplettanierung des alten Löwenhauses kostet 16.000 Euro. Je 5.000 Euro gibt es für den Ersatz eines alten Spielzeugbaggers, als Zuschuß für das Zoo- und Zuckertütenfest am 13. August und für den Ankauf von Tieren. Schließlich spendete jemand für das Veranstaltungsprogramm und das Kinderfest zur Tigerradtour am 21. Mai die Summe von 3.000 Euro.

Alle diese Spenden laufen über den Verein der Freunde und Förderer des zoologischen Gartens Eberswalde e.V. Wer da im einzelnen »Gutes tut«, bleibt allerdings im Dunkeln. Das einstige Anliegen – die Spendenpraxis in der Stadt Eberswalde transparent zu machen, um

die vom früheren Bürgermeister Schulz praktizierten Verfahrensweisen zu verhindern – wird ad absurdum geführt.

Der Tierpark ist eine städtische Einrichtung. Es wäre also ohne weiteres möglich, direkt an die Stadt zu spenden. Alternativ sollte es möglich sein, daß vom Tierpark-Förderverein bei Weitergabe der Spenden an die Stadt die jeweiligen Einzelspender, die Spendenhöhe und die Vorgabe zur Spendenverwendung genannt werden. Die praktizierte Verfahrensweise nährt den – sicher völlig unbegründeten – Verdacht, daß der gewählte Weg der Spenden über den Verein einzig dem Zweck dient, die Transparenz des Spendenvorgangs einzuschränken. Sie verdeckt auch die Interessenlage des jeweiligen Einzelspenders, die möglicherweise ein Grund für die Ablehnung der Spendenannahme sein könnte.

GERD MARKMANN

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark 1995 - 2010

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben					städt. Zuschuß	
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	306.466,65	1.781.467,46	849.300,00	757.384,01
2007	258.498	942.508,25	136.383,51	1.078.891,76	24/13	1.227.211,62	84.587,41	173.144,06	358.351,26	1.867.303,61	871.100,00	788.411,85
2008	254.353	1.098.975,85	129.937,11	1.228.912,96	31,75	1.271.335,01	85.504,21	210.700,74	402.417,07	1.969.957,03	746.300,00	741.044,07
2009	250.237	1.094.079,20	139.375,30	1.233.444,50	30,25	1.343.658,11	87.403,32	234.637,05	543.234,23	2.208.932,71	692.000,00	690.000,00
2010	242.150	1.049.443,60	134.389,78	1.183.833,38	30,50	1.309.339,33	92.085,39	227.299,25	663.863,84	2.292.587,81	612.400,00	635.754,43

Seit 2009 wird ein Teil der Kosten durch Zuschüsse des Landkreis getragen (2009: 400.000 Euro, 2010: 473.000 Euro). Die Gesamtzuschüsse liegen somit deutlich über eine Million Euro. Im Jahr 2000 wurde die Märchenvilla in den Tierpark integriert (1999: 5,2 Stellen mit Personalstellen in Höhe von 207.000 Euro). Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Quelle: Stadtverwaltung

Kein Geld für Altenheim

Eberswalde (bbp). Der Finanzausschuß des Kreistages Barnim beschloß am 12. Mai mit vier Ja-, zwei Nein-Stimmen sowie einer Enthaltung die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens für einen Betreiberwechsel für das Altenpflegeheim Finow – Webers Ablage. Auch im Kreisausschuß fand die Vorlage der Kreisverwaltung mehrheitliche Zustimmung. Nach Beendigung des Interessenbekundungsverfahrens soll über die weitere Verfahrensweise entschieden werden. In der ersten Fassung der Vorlage hieß es noch, daß bei fehlendem Interesse das Heim geschlossen werden soll. Erste Proteste gegen die Absichten des Landkreises führten zu der weichgespülten zweiten Fassung ohne sofortige Schließung, die damit jedoch nicht vom Tisch ist. Ein Wertgutachten für den eventuellen Verkauf der Immobilie wurde bereits in Auftrag gegeben. Gut betuchte Käufer für das Grundstück in gefälliger Lage für Wohnzwecke werden sich leicht finden lassen.

Der Begründung der Vorlage ist zu entnehmen, daß der Landkreis 20.000 Euro Verwaltungskosten sowie Investitionen für die aus pflegerischen Erfordernissen notwendigen Umbauten im Haus sparen will. Die Investitionen wären auch bei einem Trägerwechsel erforderlich, müssen aber erst in einer längeren Frist realisiert werden.

Zur gleichen Zeit beteiligt sich die GLG Gesellschaft Leben und Gesundheit mbH an einem Interessenbekundungsverfahren, um ihrerseits die Kliniken Bad Freienwalde und Wolletzsee von der AHG Allgemeine Hospitalgesellschaft AG Düsseldorf zu erwerben. Der Landrat antwortete in einer Informationsveranstaltung auf die Frage, warum Millionen für den Klinikenkauf zur Verfügung stehen, wenn andererseits ein kleines Altenpflegeheim aus finanziellen Gründen verkauft werden müsse, daß das eine mit dem anderen nichts zu tun habe. Käufer der Kliniken wäre nicht der Landkreis, sondern die GLG. Außerdem gehöre der Betrieb von Altenpflegeheimen nicht zu den Pflichtaufgaben des Landkreises.

Allerdings ist der Landkreis mit fast 50 % an der GLG beteiligt. Der Landkreis trägt also das Risiko des Klinikenkaufs mit. Und der Kauf von Kliniken gehört ebenfalls nicht zu den Pflichtaufgaben des Landkreises.

Es bleibe nur eine Schlußfolgerung, vermutet der Kreistagsabgeordnete Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde. Mit der Entscheidung für den Trägerwechsel beim Altenpflegeheim Webers Ablage verabschiedete sich der Landkreis von einer sozialen Aufgabe der Daseinsvorsorge und überlasse diese den privaten Interessen privater Betreiber. Die Bedürfnisse der teilweise langjährigen Bewohner des Heimes bleiben dabei auf der Strecke.

Die Kreistagsabgeordneten entscheiden auf dem Kreistag am 29. Juni über die weitere Zukunft des Altenpflegeheims »Webers Ablage«.

Baudezernentin Fellner zur Stadtpromenade am Finowkanal:

Nur Detailgestaltung noch offen



Eberswalde (bbp). Auf ihrer April-Sitzung stimmten die Eberswalder Stadtverordneten mehrheitlich für die vorgelegte Vorplanung der »Stadtpromenade Finowkanal«, mit der das Südufer des Finowkanals erschlossen werden soll (vgl. BBP 5/2011). Zuvor hatte der Eberswalder Garten- und Landschaftsarchitekt Andreas Timm die Einwohnerfragestunde genutzt, um Kritik an der Vorplanung zu äußern sowie seine Ideen und Anregungen darzulegen.

»Derzeit«, sagte Andreas Timm, »gelangt man fünf Minuten vom Marktplatz in ein Areal, welches im Kontrast zur lärmenden City steht. Die malerische Flußlandschaft, die eigentlich perfekt sein könnte, wenn nicht dort der Vandalismus seine Spuren hinterlassen hätte und man an den südlichen Uferbereich nicht nur stellenweise gelangen könnte. Dieser Mangel soll nun mit einem Promenadenweg von der Wilhelmbrücke bis zur Friedensbrücke behoben werden. Das sind eigentlich sehr gute Ausgangsbedingungen, da dieser Bereich ein hohes touristisches und Erholungspotential besitzt.«

Nach Sichtung der Unterlagen kam Andreas Timm zu der Erkenntnis, daß bei Realisierung der Planungen die eigentliche malerische Uferlandschaft verschwinden werde. Bei der Umsetzung des Projektes müßten Eingriffe in die Natur erfolgen, Bäume müßten gefällt werden, gewachsene Biotope würden verschwinden. »Das ist nicht nur ein Eingriff in die Landschaft,

Versprechen einlösen

Eberswalde (bbp). Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE hatte die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde auf ihrer Sitzung am 26. Mai darüber zu befinden, ob nun endlich das Versprechen eingelöst wird, eine Straße in der Stadt nach der Partnerstadt Delmenhorst zu benennen. Um Zuge des Ausbaus des Straßenzuges »Neue Straße« im Stadtteil Nordend sollte die Umbenennung in »Delmenhorster Straße« erfolgen. Im Vorfeld sollten nach Auffassung der Fraktion Gespräche mit den Anliegern geführt werden. Die Stadtverordneten verwiesen die Vorlage zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Sandaufschüttungen mit Rollrasen und kleinen Bäumchen, Asphaltwege und Betoneinfassungen sollen das Bild der künftigen »Stadtpromenade am Finowkanal« prägen. So sieht es die jetzt beschlossene Vorplanung vor. Für eventuelle Detailänderungen sucht die Bauverwaltung nun das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Am 7. Juni lädt Baudezernentin Anne Fellner dazu am Pavillon an der Schwärzermündung ein.

sondern es wird auch die Industriearchitektur, die bestehenden Gebäude, die diesen Charakter prägen, ignoriert. So zum Beispiel die Klinkerbauten der Stadtwerke und der Zählerstation.« Zudem gehe das Ganze einher mit großem Ressourcenverbrauch und weitreichender Flächenversiegelung. »Hinzu kommt der viele Beton, der zu Graffiti-schmierereien geradezu einlädt.«

Baudezernentin Anne Fellner widersprach dem Landschaftsplaner. Die bereits vor ihrem Amtsantritt geplante Stadtpromenade räume die historische Chance ein, Stadt und Landschaftsraum zueinanderzubringen, »um eine neue Begegnung zwischen Stadt und Landschaft zu schaffen. Dabei können durchaus verschiedene Entwurfsphilosophien bestehen.« Daher sei ein Ideen- und Realisierungswettbewerb ausgeschrieben und ein Wettbewerbssieger ermittelt worden, auf dessen Ideen die weitere Planung aufbaue und die »für eine weitere konstruktive Detailgestaltung offen« sei. Der Finowkanal, so Fellner, sei ein künstlich von Menschen errichtetes Bauwerk. Gegenwärtig werde an dessen »Neueinfügung in das Stadtgefüge gearbeitet«.

Am 7. Juni wird es eine Begehung des Areals geben. Treffpunkt ist um 16 Uhr der Pavillon am Zusammenfluß von Schwärze und Finowkanal. »Im Rahmen der weiteren Entwicklung kann dann über Details und etwaige Anregungen diskutiert werden«, sagte die Baudezernentin abschließend.

Voraussetzungen für Kita

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Linksfraktion hat vorgeschlagen, »die konzeptionellen, materiellen und personellen Voraussetzungen für die Betreuung der Kita im BBZ in Trägerschaft der Stadt zu schaffen«. Das BBZ ist das Berufsbildungszentrum in der Eberswalder Puschkinstraße, für das derzeit zahlreiche Namensvorschläge kursieren. Die Stadt werde erhebliche Mittel für die Errichtung der Kita einbestimmen »und damit die modernste Einrichtung schaffen«. Mit dem Neubau seien Vorteile verbunden, wie die Kostensenkung durch reduzierten Energieverbrauch. Diese Vorteile »müssen der Stadt zugute kommen«, meint die Fraktion.

Bankrotterklärung für städtische Verkehrspolitik

Nun ist es amtlich. Der Landesbetrieb für Straßenwesen versagte im Beteiligungsverfahren zum Bebauungsplan »Eichwerder Ring« seine Zustimmung zu dem Vorhaben und vorsorglich auch gleich zur geplanten Weiterführung über den Hausberg. Alle Absprachen, mündlichen Zusagen und Planungen können getrost in die Archive gebracht werden. Damit steht die Stadt Eberswalde zwanzig Jahre nach der Wende, nach zwei Verkehrsentwicklungsplänen und zahlreichen weiteren Planungen wieder am Punkt Null ihrer Suche nach einer Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme. Erneut sind zigtausend Euro für Planungsleistungen verschwendet worden.

Die Landesbehörde, bisher Planungspartner der Stadt beim Eichwerderring, »favorisiert inzwischen die B 167 neu als dauerhafte Verkehrslösung«, so die MOZ. In Wirklichkeit tut sie das seit vielen Jahren und blockiert damit jede ver-

nünftige, stadtnahe Variante. Ende dieses Jahres soll nunmehr das Planfeststellungsverfahren für den ersten Bauabschnitt der B 167 neu beginnen. Gesetzt den Fall, dieses Mal trifft die Ankündigung tatsächlich zu, kann bei einer Dauer des Verfahrens von mindestens zwei Jahren und ebenso langer Bauzeit mit einer Fertigstellung frühestens im Jahr 2016 gerechnet werden. Der Bauabschnitt endet in Nordend an der L 200. Das heißt, für den Zentrumsbereich wäre auch dann noch keinerlei Entlastung erreicht, im Gegenteil. Ob der zweite Teil der Straße von der L 200 bis Bad Freienwalde jemals gebaut wird, ist höchst ungewiß.

Wie lange soll diese Hängepartie noch weitergehen? Zum einen ist unklar, ob die weiträumige Ortsumgehung je gebaut wird, zum anderen weiß jeder, daß sie keine spürbare Entlastung für die Stadt bringen wird. Im Rathaus sollte man sich endlich von der Fata Morgana

B 167 n lösen und eine offensive Position gegenüber Land und Bund vertreten.

Die Absage des Landesbetriebes an eine gemeinsame Strategie kann nur als Aufforderung an die Stadt Eberswalde verstanden werden, Lösungsansätze innerhalb des Stadtnetzes zu suchen. Diese schwierige Aufgabe sollte schnellstmöglich in Angriff genommen werden. Zu fragen wäre außerdem, wer für den vergeblichen finanziellen Aufwand verantwortlich zu machen ist. Schadenersatzforderungen gegenüber dem Land sollten geprüft werden.

Bündnis 90/Die Grünen haben den Eichwerder Ring nie unterstützt. Er griff als Altstadtumfahrung zu kurz und wies gravierende Nachteile auf. Die rund um den Marktplatz angestrebte Verkehrsentlastung wäre ein fauler Kompromiß gewesen.

KAREN OEHLER

Der Bürgermeister hat immer Recht

»§1. Der Chef hat immer Recht. §2. Sollte der Chef einmal nicht Recht haben, so tritt automatisch §1 in Kraft.« Diese witzig ironische Aussage scheint in Eberswalde geübte kommunalpolitische Praxis zu werden. Mit Eilvorlagen in der Stadtverordnetenversammlung (StVv) wird immer wieder versucht, die Stadtverordneten zu Entscheidungen zu bewegen, die bei gründlicher Überlegung nicht getroffen würden. Mit solchen Tischvorlagen wurden schon verlustreiche Beschlüsse gefaßt. So z.B. gewährte man dem »Flugplatzentwickler« Brandstetter 3,25-Millionen-DM-Darlehen, das dieser veruntreute. Auch der Verkauf der Anteile der Technischen Werke Eberswalde an den Stadtwerken wurde vom Aufsichtsrat der TWE mittels Tischvorlage beschlossen.

In einer demgegenüber bescheidenen Sache wurden die Stadtverordneten im Februar mit einer erst am Tage der Sitzung zugestellten Vorlage gedrängt, einen »eilbedürftigen« Beschluß zu fassen (siehe BBP April 2011). Die Verwaltung beantragte diesen »eilbedürftigen« Tagesordnungspunkt zum »Kauf von Geschäftsanteilen der MD Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft GmbH Eberswalde durch die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs- GmbH«. Dem widersprach ich bei der Tagesordnungsdebatte und beantragte die Absetzung des Punktes mit Bezug auf entsprechende Regelungen des § 35 der Kommunalverfassung, wonach die Tagesordnung in der Sitzung durch Beschluß nur erweitert werden kann, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die keinen Aufschub duldet. Obwohl diese Dringlichkeit nicht bestand, folgte die Stadtverordnetenversammlung dem Antrag der Verwaltung und setzte den Punkt auf die Tagesordnung. Bei Behandlung der Vorlage zeigte sich dann jedoch ein erheblicher Diskussionsbedarf. Das veranlasste den Bürgermeister nach fast einstündiger Debatte – vielleicht aus Angst vor einer Abstimmungsniederlage – die Vorlage zurückzuziehen. Nun hatte es plötzlich bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung Zeit. Daß er damit selbst den Beweis für die Rechtswidrigkeit der Aufnahme des Punktes in die Tagesordnung lieferte, fand er keiner Erwähnung würdig.

Im Nachgang zur Stadtverordnetenversammlung forderte ich den Bürgermeister auf,

den rechtswidrigen Beschluß zur Tagesordnung zu beanstanden. Die Antwort darauf: »Nach dem Wortlaut des Gesetzes besteht eine Beanstandungspflicht des Hauptverwaltungsbeamten deshalb nur dann, wenn dieser selbst zu der Einschätzung gelangt ist, daß ein Beschluß rechtswidrig ist. Dies ist im Hinblick auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde in der Sitzung am 24.02.2011, die Tagesordnung um die Beschlußvorlage BV/517/2011 (Kauf von Geschäftsanteilen der MD Marketing- und Dienstleistungs GmbH Eberswalde) zu ergänzen, nicht der Fall. Herr Bürgermeister Boginski ist der Überzeugung, daß der Beschluß rechtmäßig ist.« Recht ist also, was der Überzeugung des Bürgermeisters entspricht, auch wenn diese Überzeugung falsch ist.

Dies wollte ich nicht so stehen lassen und konfrontierte Bürgermeister Boginski in einem weiteren Schreiben damit, daß er selbst in laufender Sitzung seine Meinung geändert und die Vorlage zurückgenommen hat, um sie in der nächsten Sitzung erneut einzubringen. In seiner Reaktion darauf ging er wiederum nicht darauf ein, worin denn nun die Dringlichkeit des zusätzlichen Punktes der Tagesordnung bestand, sondern erklärte nur, daß er »selbst keine Veranlassung gesehen (habe), den Beschluß zu beanstanden. Das von mir mit einer rechtlichen Prüfung beauftragte Rechtsamt hat gleichfalls keinen Anlaß für eine Beanstandung gemäß § 55 BbgK-Verf gesehen. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, daß ich in der Angelegenheit nichts mehr unternehme.« I

m Klartext: Obwohl der Nachweis der Rechtmäßigkeit des Beschlusses fehlt, beharrt der Bürgermeister darauf, Recht zu haben. Es gilt also automatisch § 1 – der Bürgermeister hat immer Recht. Und basta.

Das von Bürgermeister Boginski erbetene Verständnis geht mir da völlig ab. Mein Vertrauen in eine kommunalrechtlich korrekte Arbeitsweise des Bürgermeisters (und des Rechtsamtes) ist ein weiteres mal beschädigt worden.

ALBRECHT TRILLER

Kein Bedarf

Eberswalde (bbp). Auf Anfrage der Stadtverordneten Monique Schostan (CDU) informierte der Erste Beigeordnete Lutz Landmann, daß derzeit kein Widerspruch zwischen dem tatsächlichen Bedarf an verlängerten Kita-Betreuungszeiten und den vorhandenen Plätzen bestehe. Derzeit bieten drei Kindertagesstätten in Eberswalde verlängerte Öffnungszeiten an. Zwei sind städtische Einrichtungen: Kita »Sonnenschein« und die Kita »Pusteblume«. Die Betreuung in beiden Einrichtungen erfolgt für derzeit drei Kinder bis 20 Uhr. Sollte sich zusätzlicher Betreuungsbedarf ergeben und keine Platzkapazität vorhanden sein, so Landmann, könne kurzfristig eine Kapazitätserweiterung realisiert werden. Zur dritten Einrichtung mit verlängerten Öffnungszeiten, der Kita »Kinderland« in der Trägerschaft der AWO Bernau, sagte der Beigeordnete nichts.

Staatsmacht macht sich lächerlich

Absurde Auflagen gegen Veranstaltung der »Neuen Spartakusgruppe« am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel

Am 2. Mai wollte die »Neue Spartakusgruppe« am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde eine Kundgebung »gegen Machtmißbrauch, sozialen Mord und Rechtsbeugung durch den Unrechtsstaat BRD und dessen Handlanger« abhalten. Die öffentliche Veranstaltung war als Auftakt gedacht für Kundgebungen, die an jedem ersten Montag im Monat stattfinden sollten. Einige »Handlanger des Unrechtsstaates«, namentlich die Verantwortlichen der Führungsstelle des Polizeischutzbereiches Barnim, fühlten sich auf den Schlips getreten. Die Führungsstelle verbot kurzerhand die Veranstaltung, mit sehr fadenscheinigen Gründen (vgl. BBP 5/2011).

»Die Prüfung des Widerspruchs ergab, daß die ... angemeldete Veranstaltung nicht hätte verboten werden dürfen«, schrieb das übergeordnete Polizeipräsidium. »Dem Widerspruch gegen die Verbotserfügung wird stattgegeben.«

Die Schutzbereichs-Führungsstelle hatte die Polizei der Lächerlichkeit preisgegeben, das Präsidium tat das nötige, die Blamage in Grenzen zu halten. Doch die Führer des Schutzbereichs fühlen sich offenbar nun noch mehr düpiert. Statt sich nach dem blamablen Auftritt still zurückzuhalten, wird nachgetreten.

Wiederum am letzten Arbeitstag vor dem nächsten Veranstaltungstermin am 6. Juni flatterte dem Anmelder der Veranstaltung Karl-Heinz Blättermann per Boten ein Bescheid des

Schutzbereichs ins Haus. Ein neuerliches Verbot kam natürlich nicht mehr in Frage – aber man konnte ja noch Auflagen erteilen.

»Es wird untersagt«, verfügte die Bernauer Führungsstelle des Schutzbereichs nunmehr, »im Rahmen der Veranstaltung die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung zu beschimpfen oder böswillig verächtlich zu machen oder die Farben, die Flagge, das Wappen oder die Hymne der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder zu verunglimpfen. Es wird ferner untersagt, im Rahmen der Versammlung in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch anzugreifen, daß Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden.«

Ebenso hätte die Führungsstelle als Auflage erteilen können, daß im Rahmen der Veranstaltung keine Menschen ermordet werden dürfen oder daß nicht bei Rot über die Straße gegangen werden darf. Denn die Auflagen zitieren lediglich Passagen aus den Paragraphen 90a und 130 des Strafgesetzbuches. Als Auflage zu untersagen, was per Gesetz ohnehin verboten ist, kann – mit Verlaub gesagt – einfach nur als dumm bezeichnet werden. Gegen Gesetze darf auch ohne solche Auflagen nicht verstoßen werden. Ansonsten könnte im Umkehrschluß angenommen werden, in allen Veranstaltungen, für die die genannten Gesetzes-

verstöße nicht ausdrücklich nochmals mittels Auflage untersagt werden, wäre die Verunglimpfung der BRD und die Verleumdung von Teilen der Bevölkerung etc. ohne weiteres erlaubt.

Von dieser Absurdität abgesehen, enthält der Bescheid Formfehler und verhüllte Drohungen. So beginnt die Begründung der Auflagen mit der Formulierung: »Die Rechtsgrundlage für das Verbot...«. Von einem Verbot ist aber im Bescheid selbst keine Rede. Offenbar wurden hier einfach Formulierungen aus dem aufgehobenen Verbotsbescheid unverändert »nachgenutzt«. Einer verhüllten Drohung kommt die Passage gleich, wonach »die zuständige Staatsanwaltschaft ... ihrerseits auf das Kampfprogramm als Motto der Versammlung bezogen den Anfangsverdacht einer Straftat nach § 90a StGB bejaht« habe. Der Veranstalter wird dadurch weiter kriminalisiert, obwohl mit der Aufhebung des Verbotsbescheids der Verdacht als unbegründet zurückgewiesen wurde. Dies kann als unzulässiger Eingriff in die Demonstrations- und Meinungsfreiheit interpretiert werden.

Nach diesem neuerlichen Fauxpas sollten die Verantwortlichen im Schutzbereich Barnim ernsthaft über mögliche personelle Konsequenzen in ihrer Führungsstelle nachdenken, um künftig eine derartige Beschädigung des öffentlichen Ansehens der Polizei auszuschließen.

GERD MARKMANN

»Gemeinsam nach Alternativen suchen«

Lärmschutz und B167 neu: Einwohner der Clara-Zetkin-Siedlung machen konkrete Vorschläge

Eberswalde (bbp). Die Planungen für die neue Trasse der Bundesstraße B167, der sogenannten Nordumgehung, schreiten voran. Bis Ende des Jahres soll die Planfeststellung auf den Weg gebracht sein. Im April gab es für die Betroffenen in der Clara-Zetkin-Siedlung eine Informationsveranstaltung mit dem Fazit, daß Lärmschutzmaßnahmen nicht erforderlich seien, weil die gesetzlichen Immissionsgrenzwerte für die Lärmvorsorge nicht überschritten würden. Ingolf Scholler aus der Clara-Zetkin-Siedlung nutzte die Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 28. April, um Volksvertreter und der Stadtverwaltung darauf aufmerksam zu machen, daß viele Bürger eine gravierende Verschlechterung der Wohn- und Lebensqualität in dem bisher ruhigen Stadtteil befürchten.

Dafür gebe es gute Gründe, so Ingolf Scholler. »Das Umweltbundesamt und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfehlen für einen optimalen Gesundheitsschutz 9 dB (A) geringere Immissionsgrenzwerte (etwa halb so laut!), wie die gesetzlich vorgegebenen.« Während Umweltamt und WHO 50 dB (A) am Tag und 40 dB (A) in

der Nacht als Obergrenzen empfehlen, liegt die gesetzliche Grenze für Kleinsiedlungen bei 59 bzw. 49 dB (A). Dies sei, betont Scholler, »besonders für Kinder, chronisch Kranke und Ältere hinsichtlich ihres Gesundheitsschutzes unzureichend«. Zudem bezweifeln die Einwohner die errechneten Lärmwerte, die knapp unter der gesetzlichen Grenze liegen. So werde der 55 Meter breite Oder-Havel-Kanal, der aufgrund der fehlenden Bodendämpfung die Schallausbreitung begünstige, bei der Berechnung nicht berücksichtigt. Zusätzlichen Lärm werde es durch Überholvorgänge und zu erwartende Geschwindigkeitsüberschreitungen geben, da die neue Straße in Höhe des Wohngebiets als dreispurige, geradlinige Trasse ausgebaut werden soll. Unkalkulierbar sei zudem der Schwerlastverkehr, der entsprechend der Prognose mit ca. 8,5 % sehr niedrig angesetzt sei.

Als wirksame Lärmschutzmaßnahmen schlagen die Einwohner der Clara-Zetkin-Siedlung Lärmschutzwände oder eine Erhöhung des bestehenden Dammes, die Tieferlegung der Straße, lärmindernde Fahrbahnbelege mit einer Minderung >3 dB (A) anstatt des vorgese-

henen Standardbelages sowie eine zweispurige statt der geplanten dreispurigen Trasse vor. Die hier eingesparten Mittel könnten für Lärmschutzmaßnahmen eingesetzt werden.

»Gemäß den Empfehlungen des Umweltbundesamtes wird ein fraktionsübergreifendes gemeinsames Handeln noch vor dem Planfeststellungsverfahren (PFV) empfohlen. Erfahrungen zeigen, daß viele Bürger im PFV nicht erreicht bzw. der Einzelne oft nicht ernst genommen wird. Die Sorge der Einwohner der Clara-Zetkin-Siedlung, durch den Verkehrslärm der B167 (neu) krank zu werden, ist groß. Die derzeitige Planung birgt über Jahrzehnte unkalkulierbare gesundheitliche Risiken. Ich bitte Sie, sich für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen einzusetzen.«

Die gemeinsame Erarbeitung von Alternativen zur bisherigen Planung durch das Landesamt für Straßenwesen Brandenburg, der Stadtverwaltung Eberswalde und der Deutschen Gesellschaft für Akustik (DEGA), so Scholler, könnte beispielhaft für den weiteren Ausbau der B167 (neu) sein. »Die Akzeptanz der Bürger gegenüber anderen Straßenneubauten würde sich dadurch spürbar erhöhen.«

Verschwiegenheitspflicht lockern

Eberswalde (bbp). »Durch die Verlagerung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften mit privatrechtlicher Rechtsform und nichtöffentlich tagenden Aufsichtsgremien wird die demokratische Kontrolle durch die Bürgerschaft und die Medien eingeschränkt. Die Tatsache, daß die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen politischen Parteien auch im Aufsichtsrat entsprechend dem politischen Kräfteverhältnis vertreten sind, kann die öffentliche Debatte kommunaler Angelegenheiten nicht ausreichend ersetzen.« Dieser Auffassung sind die Stadtverordneten der Fraktion »Die Fraktionslosen«. Die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger setze einen transparenten Beratungsablauf voraus. Die Übertragung kommunaler Aufgaben in eine privatrechtliche Rechtsform dürfe nicht dazu führen, daß die Kommunalpolitik schrittweise der öffentlichen Debatte entzogen wird.

Bereits zur Januar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) stand das Thema auf der Tagesordnung. Damals sollte eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht eingeholt werden. Diese liegt seit dem 1. April vor und

findet aktuell Berücksichtigung, indem die Passage »...zum Schutz der berechtigten Interessen Einzelner oder zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften...« eingefügt wurde.

Entsprechend der Beschlußvorlage der Fraktion der Fraktionslosen soll die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder städtischer Unternehmen künftig nur noch für solche Tagesordnungspunkte gelten, die zum Wohl des jeweiligen Unternehmens, zum Schutz der berechtigten Interessen Einzelner oder zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften zwingend der Verschwiegenheit bedürfen. Den Medien sollen alle Tagesordnungspunkte, die dementsprechend nicht länger der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, bereits vor der jeweiligen Aufsichtsratsitzung unter Angabe des Beratungsdatums mitgeteilt werden.

Die geforderte Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht ermögliche den Medien zumindest die gezielte Nachfrage und Recherche, auch wenn die Sitzungen selbst dem GmbH-Gesetz entsprechend leider nichtöffentlich bleiben.

Erwerbslose im Bundestag



Bodo Koch, Sabine Zimmermann, Michael John, Carsten Zinn, Detlef Kuhk, Katja Kipping, Grisca Hochsieder und Simone Ballenthin während der Fachtagung am 27. Mai im Bundestag.

Mitglieder des ver.di Bezirkserwerbslosenausschuß Uckermark-Barnim folgten am 27. Mai der Einladung zu einer gemeinsamen Fachtagung der arbeitsmarkt-, sozial- und kommunalpolitischen Sprecherinnen der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Sabine Zimmermann, Katja Kipping und Katrin Kunert, nach Berlin in den Reichstag.

Inhaltliche Schwerpunkte der Fachtagung war die Verständigung zum Anlauf und ersten Erfahrungen zur Bildung der Beiräte bei den Jobcentern. Gleiches galt der Verständigung zum Umsetzen von Richtlinien zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft (KdU) in den Landkreisen und kreisfreien Städten insbesondere der unter Berücksichtigung der Novellierung und damit auch der Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen im Sozialgesetzbuch II zu Lasten der Langzeiterwerbslosen.

Die TeilnehmerInnen der Fachtagung verständigten sich auch zu den neuen gesetzlichen Grundlagen und Anwendungsprocedere in den

jeweiligen Jobcentern zur Gewährung von Aufwandsentschädigungen im Ehrenamt insbesondere bei KommunalpolitikerInnen die sich im Leistungsbezug des Arbeitslosengeldes II befinden und ab 1. April 2011 mit entscheidenden finanziellen Nachteilen leben müssen bzw. sollen.

Insgesamt erlebten wir eine sehr gut organisierte und fachlich fundierte Veranstaltung. Dafür gilt den o.g. GastgeberInnen einschließlich ihren intellektuellen VordenkerInnen ein herzliches Dankeschön, auch für die Möglichkeit, eine qualifizierte Info-Mappe nach Hause mitnehmen zu können.

Der Vorsitzenden des Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales und stellv. Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Katja Kipping wünschen wir alles Gute für ihren persönlichen aktiven ziel- und ergebnisorientierten Beitrag zur Verjüngung der Partei DIE LINKE beizutragen. **CARSTEN ZINN, Vorsitzender des ver.di Bezirkserwerbslosenausschuß Uckermark-Barnim**

Aufbruch in Rostock

Eberswalde (fdp). Der Kreisvorsitzende der FDP Barnim, Gregor Beyer, zugleich Landesvorsitzender der FDP Brandenburg, ist am 14. Mai vom Bundesparteitag in Rostock in den Bundesvorstand der FDP gewählt worden.

Beyer bezeichnet den Bundesparteitag als großen Erfolg. »Der neue Bundesvorsitzende Philipp Rösler hat mit einer großartigen und von Aufbruchstimmung geprägten Rede eine neue Ära der FDP eingeleitet. Philipp Rösler hat unsere volle Unterstützung und wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit im neuen Team.«

Besonders erfreulich sei, daß die Brandenburger Liberalen zukünftig mit zwei Beisitzern im Bundesvorstand vertreten sind. Sowohl Gregor Beyer als auch die stellvertretende Landesvorsitzende Linda Teuteberg wurden in den Bundesvorstand gewählt. Letztere will im Bundesvorstand vor allem die Themen Rechtsstaat und Marktwirtschaft vertreten. »Ich möchte brandenburger Erfahrungen und Sichtweisen einbringen und die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft stärken. Freiheitswille und Verantwortungsbereitschaft der Menschen sind Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik«, so Teuteberg.

»Die Brandenburger Liberalen werden mit doppelter Stimme ihre Positionen in den Bundesverband einbringen«, ergänzt Beyer. Eine breite inhaltliche und personelle Aufstellung seien unabdingbare Voraussetzungen für politischen Erfolg und werden konsequent im Land wie im Bund weiter verfolgt werden.

»Wir gratulieren Holger Zastrow, der zukünftig als stellvertretender Bundesvorsitzender auch die Stimme der ostdeutschen Landesverbände im Präsidium der Partei sein wird«, so Beyer. Die Brandenburger Liberalen wollen zukünftig die Zusammenarbeit der ostdeutschen Landesverbände verstärken. Als einen ersten Schritt bezeichnete Beyer den durch Brandenburg organisierten gemeinsamen Delegiertenabend am Rande des Bundesparteitages am Freitag. »Der Bundesparteitag ist ein großer Erfolg für die Brandenburger Liberalen!«, so Beyer abschließend.

Die LINKE.BARNIM lernt!

Unter diesem Motto läuft ein Bildungsprogramm, daß die Barnimer Linken im Dezember auf ihrer Mitgliederversammlung in Biesenthal beschlossen hatten. Das erste Seminar der Bildungsreihe findet am 30. Juli in Bernau statt und widmet sich dem Thema »Kapitalismus – eine Gesellschaft voller Widersprüche«. Es folgen weitere Seminare zu den Themen »Die Klassenfrage« am 17. September (Bernau), »Parlamentarismus und Regierungsbeteiligung« am 15. Oktober (Eberswalde), »Militär und Sicherheitsfragen« am 12. November (Bernau) und »Was ist politische Kultur« (Eberswalde).

Die Seminare beginnen jeweils 10 Uhr und finden in den Geschäftsstellen der Linken in Bernau (Berliner Str. 17) und Eberswalde (Breite Straße 46) statt.

Der Attac-Kongreß im Mai 2011:

Transformation statt Wachstum!!!

von Dr. Rainer Thiel

Von Wirtschaftswachstum schreiben alle Zeitungen. Doch vom Wachstum unsrer Klugheit? Vom Wachstum an Gerechtigkeit? Vom Wachstum der Gesundheit? Vom Wachstum der unteren Einkommen? Von diesem Wachstum spricht man nicht.

Warum auch? Alles soll dem Wirtschaftswachstum untergeordnet werden. Regionale Zeitungen versuchen, für ihre Leser das Beste draus zu machen, wenn die Bürger selber beginnen, sich gegen Wachstums-Diktate der großen Industrie zu wehren wie im Falle CCS. Viele Bürger haben verstanden: Vattenfall und Regierende täuschen uns. Das klimaschädliche CO₂ soll unterirdisch gelagert werden, dort unten zusammen mit Wasser zur Kohlensäure werdend. Was dort – im Gebiet zwischen Oder und Havel – im Laufe von dreißig Jahren mit der unterirdischen Kohlensäure und den bisher beständigen Mineralien passiert – das kümmert die Manager von heute nicht. Sie reden von »Erproben«, verfeuern noch dreißig Prozent mehr Kohle, um das Abgas zu verflüssigen. Doch was dort unten in Jahrzehnten geschehen würde, läßt sich gar nicht »erproben«, da kann man höchstens täuschen.

Und so kommt es, daß vom Wirtschaftswachstum ausgehend die Linie verläuft zum drohenden Klima-Wandel und weiter verläuft bis zur Täuschung der Bürger durch Wachstums-Fans, die weitere dreißig Jahre ihre Taschen mit Geld voll haben wollen, um heute schon zu sagen: Nach mir die Sintflut.

Ähnlich ist es ja schon seit langem, überall, wo Wirtschaftswachstum heilig ist. Das gefiel den Attac-Aktivisten schon lange nicht mehr. Attac – immer hellwach – hatte vor zehn Jahren die größte Anti-Kriegs-Demo auf deutschem Boden initiiert, deutsche Männer mußten nicht am Überfall auf den Irak teilnehmen. In der globalen Finanzkrise stellte Attac die Manager der Groß-Banken probeweise an den Pranger. Attac wünscht sich, daß deutsche Untertanen den aufrechten Gang erproben, um Ernst zu machen. Solche Proben brauchen wir!

Attac ist ein Netzwerk mit ca. fünfzigtausend regelmäßig einzahlenden Mitstreitern und mehreren hunderttausend Sympathisanten in der Bundesrepublik, ähnlich, wie in vielen andren Ländern. Vor allem war den Attac-Aktivisten aufgefallen, daß Wirtschaftswachstum unsrer Mutter Erde zu viel Schaden zufügt. Deshalb wollen sie Transformation in der Gesellschaft, damit in die internationale Solidarität investiert wird statt in den Verbrauch von Rohstoffen. Also Aufruf auf einer Attac-Versammlung im Herbst 2009 in Leipzig: »Transformation statt Wachstum!!! Einen Kongreß vorbereiten. Wer macht mit?«.

Zwanzig Leute, die sich meldeten, wußten sofort, worum es geht. Ich war einer von ihnen und schlug vor: Deutlich machen, daß wir enorm gewinnen können, wenn wir unsre Vorstellungen von »Reichtum« transformieren: Es gibt den Kapitalo-Reichtum, der besteht im Eigentum von Sachen, im Anspruch auf Sachen vermittelt Aktien, und in Macht vermittelt der Aktien und der Sachen. Aber es kann menschlichen Reichtum geben, bestehend in Fähigkeiten zur Solidarität mit anderen Menschen und im Genuß der Natur, die uns Brot gibt, Korn und die blaue Kornblume, Raps und die gelbe Rapsblüte, Kirschen und die weiße Kirsch-Blüte, Holz und die grünen Kleider der Bäume, Regen und das klare Wasser unsrer Seen. Das gibt uns diese Natur, die in poetisch sinnlichem Glanze den ganzen Menschen anlacht, man muß nur seine eigne menschliche Wahrnehmung ausgebildet haben.

ein selbstbestimmtes, gemeinschaftliches, naturverbundnes Leben ringen. Aber womöglich brauchen wir doch ein bißchen Wirtschaftswachstum? Um Arbeitsplätze zu schaffen? Um Getreide nach Afrika zu verkaufen? Um billig nach Thailand zu fliegen? Um Kaufkraft für die schicken Porsche-Autos zu bewahren?

Deshalb wurde ziemlich lange um das Logo des Kongreßes diskutiert: »Transformation statt Wachstum«. Darunter konnte auch verstanden werden: Vorwärts zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Aber auch wer noch nicht so weit denkt, konnte mit diesem Logo einverstanden sein. Einige Attac-Freunde meinten aber, wir müßten differenzierter sagen, was wir unter Wachstum verstehen, um zum Nachdenken anzuregen, o.k., und wir müßten vorsichtiger formulieren, denn immer noch gebe es Professoren, welche glauben, das Wachstum bringe der Klapperstorch. Und in der Linkspartei glauben Funktionsträger und Professoren, Wachstum würde der Arbeitsplätze wegen gebraucht. Also wurde das Kongreß-Thema durch drei andre Worte ausgedrückt und zugleich mit einem Fragezeichen und einem Ausrufe-Zeichen versehen: »Jenseits des Wachstums?!«

Am 20., 21. und 22. Mai fand der Kongreß statt, in dem Riesen-Gebäude-Komplex der Technischen Universität in Berlin-Charlottenburg. Mit 1.500 Teilnehmern wurde gerechnet, 2.500 Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik waren gekommen, in der Mehrheit junge Leute. Wenn die Sitzplätze in den Hörsälen nicht reichten, wurde auch der Fußboden genutzt, Studenten kennen das. Das Kongreß-Programm war sehr locker konzipiert. Man erhörte die Wünsche von ca. 200 interessierten Leuten, die gern in Erscheinung treten wollten, und daraus ergab sich das Programm mit ca. 70 Veranstaltungen, zumeist Podiums-Gespräche, sodaß das Publikum sich ganz zum Schluß auch äußern konnte. So viel Podium ist eigentlich nicht typisch für Attac, es war ein Zugeständnis an die parteinahen Stiftungen, die den Kongreß finanziell unterstützten und ihre Favoriten auf den Podien haben wollten.

Einen guten Überblick über das Kongreß-Thema bieten zwei Druckschriften, die schon vorm Kongreß herausgegeben wurden:

AttacBasisTexte 36 von Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis: »Postwachstum«. VSA-Verlag Hamburg 2011, 94 Seiten; Euro 6,50.



Doch einen schnellen Durchmarsch zu einem Kongreß-Programm gab es dennoch nicht. Unstrittig war von Anfang an: Der ökologische Kollaps unsrer kosmischen Heimat muß vermieden werden. Und Aufmerksamkeit verdienen unsre Schwestern und Brüder in der südlichen Erdhälfte, die in ihren Dörfern um

Mein Eindruck: Gestochen scharfe Überlegungen. Mit Genuß zu lesen.

Werner Rätz und andere als Herausgeber: »Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit/Soziale Rechte/Gutes Leben.«, VSA-Verlag Hamburg 2011, darin sechzehn Beiträge von Experten, insgesamt 187 Seiten. Euro 15,80. Mein Eindruck: Acht hervorragende Beiträge, in denen weltweit reale Bewegungen unterm Gesichtspunkt »Transformation statt Wachstum« analysiert und bis zu realisierbaren Visionen ausgewertet werden.

Einige der Autoren hatten »Das Kapital« von Karl Marx gelesen. So konnten sie exakt ausdrücken, woher das mörderische Wirtschaftswachstum kommt, welches die Wohnbarkeit unseres Planeten bedroht: Nicht vom Klapperstorch, sondern vom kapitalistischen Gewinnstreben, doch davon können die Kapital-Eigner nicht lassen, wenn sie im Wettbewerb mit ihresgleichen bestehen wollen. Ihr Schicksal ist die Konkurrenz, nicht als Person, sondern das Konkurrenz-System, das System der Beziehungen, welche die Gesellschaft durchwirken wie Nerven-Fäden, unsichtbar, doch teuflisch wirksam. Hinweg damit wäre in der Tat die allerbeste »Transformation«.

Kapitalismus-kritisch sind alle Autoren, auch die meisten der Personen, die beim Kongreß auf einem der siebzig Podien das Vorrecht zum Reden hatten. Einige der Autoren und Redner hoffen, vielleicht ließe sich der Kapitalismus »transformieren«, ohne seine Grundfesten anzugreifen. Sie haben Angst, unsere Mitbürger würden die Transformation nicht bis zur Überwindung des Kapitalismus geraten lassen. Deshalb habe ich mich mit einem hohen Gewerkschafts-Funktionär, der auf einem Podium saß, vom Parkett aus angelegt. Das war gar nicht schwer, denn der Gewerkschaftsfunktionär (auch prominentes Mitglied der Linkspartei) hat nur über Defizite in den Köpfen von Gewerkschafts-Mitgliedern gejammert, statt sich selber an die Nase zu fassen: Haben wir im Vorstand, als bezahlte Angestellte der Gewerkschaft, unsere Pflicht getan, die Masse unserer Mitglieder zu orientieren und zu ermutigen?

Unterrepräsentiert war auf dem Kongreß die Orientierung auf das »Gute Leben«, das wir gewinnen können, wenn wir begreifen, es gibt den Kapitalo-Reichtum an Sachen und den Reichtum an menschlichen Fähigkeiten, den anderen Menschen als Schwester und Bruder zu gewinnen und eigenes Können zu entwickeln, die Mit-Welt und die Natur in ihrer Schönheit zu erkennen.

Auf dem Kongreß habe ich niemanden getroffen, auch keinen Linken, dem bekannt war, daß diese Gegenüberstellung von Kapitalo-Reichtum und menschlichem Reichtum von Karl Marx begründet worden war. Daß von ihm das Wort stammt vom »poetisch-sinnlichem Glanze«, in dem die Natur den befähigten »Menschen anlacht«. Vor dreizehn Jahren hatte ich mir erlaubt, die Linken auf diese Entdeckungen von Karl Marx aufmerksam zu ma-

chen in meinem Büchlein »Marx und Moritz – Unbekannter Marx – Quer zum Ismus«, dort in den Kapiteln 6, 7, 8, 9, 16) Das 16. Kapitel steht unter der Überschrift »Marx und die Kinder«. Dort wird auch dokumentiert, daß Marx seine – wie wir heute sagen würden – ökologischen Gedanken mit den Worten zusammenfasst: Wir haben als gute Mütter und Väter die Erde unseren Kinder unbeschädigt zu hinterlassen.

»Gutes Leben« wurde auf dem Kongreß auch im Zusammenhang mit »Solidarischem Wirtschaften« (in sog. »commons«, u.a. von Friederike Habermann) gesehen, auch von Experten aus Südamerika (z.B. einem ehemaligen Minister der Republik Ecuador), der sich mehrmals über die Wiederbelebung naturnahen Wirtschaftens der indigenen Völker äußerte.

Vertreten, doch unterrepräsentiert war auf dem Kongreß das Thema: »Entstehung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeit-Verkürzen«, eine Attac-Arbeitsgruppe hatte seit Jahren Material erarbeitet: Um allen Erwerbsfähigen das Menschenrecht auf Arbeit zu gewähren, brauchen wir kein Wirtschaftswachstum. Es genügt, auf allen Erwerbs-Plätzen die Arbeitszeit zu verkürzen, auf 32, 30, 28 Stunden und noch weniger, der Gewinn an Zeit kommt den Familien, den Kindern, der Gesundheit, den Hobbys, der Fortbildung, der Demokratie zugute, auch der Frauen-Emanzipation: Vielen Frauen waren 40-Wochenstunden zu viel, vor zehn Jahren wurden sie auf zwanzig Stunden gesetzt, das Gehalt halbiert. Doch dreißig Stunden und mit vollem Entgelt-Ausgleich – das hätten sie sich gewünscht. Und wenn die Männer endlich auch mit 30 Stunden Erwerbsarbeit genug haben – bei vollem Entgeltausgleich – dann zieht in die Wohnungen die Gleichberechtigung ein.

Schon einmal war Arbeitszeitverkürzung möglich gewesen, hundertfünfzig Jahre lang: Von der 80-Stundenwoche bis zur 48-Stunden-Woche (1918) und später bis zur 38-Stunden-Woche. Aber seit zwanzig Jahren sind Gewerkschaftsfunktionäre und Partei-Linke derart vom »Wirtschaftswachstum« besessen, daß sie schon kaum noch verstehen: Das Kapital braucht Wirtschaftswachstum, dieses macht unsre Erde kaputt und führt trotzdem in die nächste Wirtschaftskrise, weil die Leute sowie so nicht alles kaufen können, was die Industrie auf den Markt wirft, sodaß die Industrie bald schon wieder Arbeit-»Nehmer« entlassen muß.

Vor allem braucht das große Kapital die Zerspaltung des Volkes in zwei feindliche Stämme: Hier die Hartz-IV-Betroffenen, dort die Jobbenden, die bereit sind, immer heftiger zu roboten. Und zur Beruhigung des Wahlvolks: Die Täuschung mit Statistik. In Wirklichkeit fehlen sieben oder acht Millionen ordentliche Erwerbs-Arbeitsplätze. Da wäre die Senkung der allgemeinen Arbeitszeit auf dreißig Wochenstunden ein Klax, ein reines Organisationsproblem, doch nicht viel schwieriger, als wenn ein Unternehmen neue Technik einführt und Leute entläßt.

Fortsetzung folgt

Politisches Engagement:

Eine Frage des Geldbeutels?

Eberswalde (bbp). Kommunale Volksvertreter sind ehrenamtlich tätig. Meist erhalten sie eine pauschale Entschädigung, welche den zusätzlichen Aufwand, der mit der kommunalpolitischen Arbeit verbunden ist, wie z.B. Fahrtkosten, Materialaufwand, Bekleidung, Weiterbildungen usw., ausgeglichen soll. Es handelt sich ausdrücklich nicht um Einkommen, um damit den Lebensunterhalt zu begleichen.

Für Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) sieht das künftig anders aus. Entsprechend der Hartz-IV-Reform werden Aufwandsentschädigungen künftig wie Einkommen aus Erwerbstätigkeit behandelt, soweit ein Freibetrag von 175 Euro monatlich überschritten wird. Allerdings schränkt der neue § 11 Abs. 3 Sozialgesetzbuch (SGB) II ein, daß Entschädigungen, die »zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden ... nur soweit als Einkommen zu berücksichtigen (sind), als Leistungen nach diesem Buch im Einzelfall demselben Zweck dienen«. In der Entschädigungssatzung der Stadt Eberswalde heißt es zum Zweck der Aufwandspauschale, daß diese die Volksvertreter »... zur Abgeltung ihrer finanziellen und sonstigen tatsächlichen Aufwendungen im Interesse der Wahrnehmung ihres Mandates...« erhalten. Die entsprechende Satzung des Kreises formuliert für die Kreistagsabgeordneten ähnlich, »...zum Ausgleich des mit dem Mandat verbundenen Aufwandes, als Ersatz ihrer Auslagen«. Eine Verwendung im Sinne des SGB II wird also ausdrücklich ausgeschlossen. Auf jeden Fall mußte solches »im Einzelfall« geprüft werden.

Nicht so im Jobcenter Barnim. Hier werden Bescheide erstellt, die nicht nur die geforderte Einzelfallprüfung ignorieren, sondern auch Abzugsbeträge völlig willkürlich festlegen. In einem der BBP vorliegendem Fall wurden sogar die nach neuem Recht geltenden Freibetragsregelungen ignoriert und zugleich, ohne auf die tatsächliche Höhe der Entschädigung Bezug zu nehmen, ein pauschal vermuteter Betrag als Anrechnungsgrundlage verwendet. Zwar wurden formal Nachweise angefordert, die den »Zeitpunkt des Zuflusses der Aufwandsentschädigung (Kontoauszüge)« und die »im Rahmen dieser Tätigkeit tatsächlich entstehenden Aufwendungen« nachgewiesen werden sollen. Aber fast zeitgleich, ohne eine Antwort abzuwarten, versendete das Jobcenter den neuen Bescheid. Eine Interessenwahrung ist für den Betroffenen ohne Einlegen von Rechtsmitteln schlicht nicht möglich.

Dieses Verfahren gehört offenbar zum üblichen Procedere des Jobcenters, wie andere der Redaktion vorliegende Fälle beweisen. Auch da wurden Bescheide verschickt, bevor die gesetzte Anhörungsfrist auslief. Einwände und Stellungnahmen blieben schlicht unbeantwortet, so daß letztlich nur der Weg zum Sozialgericht blieb. Zugleich wird aber darüber geklagt, daß die Sozialgerichte überlastet sind...

Erschütternde Alleenbilanz

Potsdam (bund). Die Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen ist erschüttert über die durch den Landesbetrieb Straßenwesen vorgelegte Alleenbilanz. Im Jahr 2010 sind lediglich 9,3 Kilometer Alleen an Bundes- und Landesstraßen gepflanzt worden. Im Jahr 2008 waren es 30,7 km, 2009 noch 33,9 km.

Bernd Hübner von der Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen: »Das Land Brandenburg war mit seiner Alleenkonzeption die Verpflichtung eingegangen, jährlich mindestens 30 km Alleen neu zu pflanzen. Der Landesbetrieb Straßenwesen erreicht nicht einmal die selbst gesteckten Ziele, die ohnehin unzureichend sind.«

Im Frühjahr 2011 wurden 7,6 Kilometer Alleen neu gepflanzt. Da diese Pflanzungen wegen des frühen Wintereinbruchs auf das Jahr 2010 angerechnet werden sollen, zeichnet sich auch für 2011 ab, daß die versprochenen 30 km nicht erreicht werden. Axel Heinzl-Berndt vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ergänzt: »Als eine der Vertrauenspersonen der Volksinitiative Rettet Brandenburgs Alleen habe ich das Bekenntnis von Landtagsabgeordneten aller Fraktionen noch gut im Ohr, daß die Alleen in Brandenburg eine Zukunft haben sollen. Ich bin empört, daß sich Infrastrukturminister Vogelsänger einfach über das Votum des Landtages hinwegsetzt.«

In der Alleenkonzeption von 2007 war eine vorausschauende Planung der Alleebaumnachpflanzungen für je 10 Jahre mit Pflanzprogramm im Zwei-Jahres-Rhythmus vorgesehen. Die Methodik zur Ermittlung der potenziellen Pflanzstandorte beinhaltete einen Planungsvorlauf von zwei bis drei Jahren. Insofern zeigt sich Heinzl-Berndt erstaunt, daß der Landesbetrieb Straßenwesen als Begründung für sein Versagen fehlende Pflanzstandorte für Allee-bäume anführt. Das Infrastrukturministerium hatte bei einer Begrenzung der Nachpflanzungen auf jährlich 30 Kilometer einen sinkenden Alleebaumbestand bis etwa 2030 prognostiziert. Erst etwa 2060 wäre der Stand von 2005 erreicht worden. »Wenn es so weiter geht, verschiebt sich die Wiederherstellung des ursprünglichen Bestandes ins 22. Jahrhundert oder auf den St.-Nimmerleins-Tag«, meint Hübner von der Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen.

Primitivdenker am Werk

Die Presse berichtete, daß zwischen 2001 und 2010 46633 alte durch 46344 neue Allee-bäume ersetzt worden sind. Über das Alter der ersetzten Allee-bäume gibt es keine Angaben. Nun muß man bedenken, daß nicht jeder der neu gepflanzten Allee-bäume so alt wird wie der Baum den er ersetzen soll. Im Gegenteil, bedingt durch Umwelteinflüsse wird sich die Lebensdauer eines neu gepflanzten Baumes verringern. Die Folge wird sein, daß die ausgewiesene Bilanz dazu führen wird, das Allee-bäume in Brandenburg planmäßig ausgerottet werden.

Dr. ULRICH POFAHL

Der Lacher des Jahres

»ZWA weist Vorwurf zurück« – So titelt die MOZ am 19.5.2011 im Barnim Echo. Es geht um Beiträge für Abwasseranschlüsse und solche Begriffe wie Mischfinanzierung, gespaltene Gebührensätze und Billigkeitsregelung. Für den Otto-Normalbürger ist das alles ziemlich verwirrend und ich wette, daß nur sehr wenige die Zusammenhänge wirklich verstanden haben.

Das ist natürlich so gewollt, denn der Bürger soll ja nicht zweifeln und fragen sondern akzeptieren und zahlen. Am liebsten sind die Bürger, die bei allem, was von »oben« kommt, sagen: »wird schon stimmen und außerdem will ich keinen Ärger haben!« Denen muß ich leider sagen: Es stimmt nichts und den Ärger kann er gar nicht vermeiden, es sei denn, er zahlt und zahlt und zahlt ohne zu fragen und ohne zu murren.

Was stimmt nun und was nicht? Zunächst stimmt nicht, daß der ZWA überhaupt gegründet ist. Nach zwei Jahren »Verfahren nach § 14 Zweckverbands-Stabilisierungsgesetz« (StabG) mußte der Landrat eingestehen, daß der ZWA lediglich »entstanden« ist. Er ist auf recht dubiose Weise zustande gekommen, jedenfalls nicht nach demokratischen Regeln, von Gesetzlichkeit gar nicht zu reden. Das ist eine ziemlich spannende Geschichte, aus der man eine Menge über den »Rechtsstaat BRD« lernen kann. Trotzdem gilt der ZWA, wie auch viele andere gar nicht gegründete Verbände, jetzt als Körperschaft des öffentlichen Rechts und gebärdet sich als Behörde, die er gar nicht ist.

Es stimmt, daß dieser Verband den Bürgern für ihre Abwasseranschlüsse Beitragsfreiheit verbrieft hat. »Errichtung zu Lasten des Verbandes«, so war das 1993 formuliert. Davon wollte der Verband dann nichts mehr wissen und verschickte 1996/97 Beitragsbescheide. Er hatte wohl gehofft, daß seine Kunden den Brief wegwerfen haben. Das stimmte bei der großen Mehrheit, aber einige hatten ihn doch aufgehoben. Die haben den Bescheiden widersprochen und hundertfach geklagt. Das war dem ZWA und dem Verwaltungsgericht gar nicht recht, denn nun kam heraus, daß es nicht einmal eine gültige Satzung gab. Das wollten aber die beteiligten »Macher«, als die sie sich gerne sehen, nicht wahrhaben. Es mußten zusätzlich sog. Normenkontrollverfahren her – und die hatten Erfolg. Die Kläger mußten nicht zahlen. Der Erfolg hat lange auf sich warten lassen und viel Kraft gekostet – aber so ist das immer, wenn ein Verwaltungsgericht gar nicht anders kann, als dem Bürger Recht zu geben. Es stimmt also nicht, daß der ZWA in diesen entscheidenden Verfahren gewonnen hat. Er hat hundertfach verloren! Doch wer nicht widersprochen und nicht geklagt hat, sondern zahlte – und das waren tausende – der war sein Geld los. Der ZWA mußte die widerrechtlich ausgefertigten Bescheide nicht zurückziehen, denn die waren ja »bestandskräftig« geworden, weil es keinen Widerspruch gab – so ist das im schönen Deutschland geregelt!

Aber auch die erfolgreichen Kläger bekamen ihr Geld nicht zurück. Das Geld war ja »weg«! Als Trostpflaster gab es ein paar Cent geringere

laufende Gebühren für die erfolgreichen Kläger. Die »geminderte Gebühr im Rahmen des Billigkeitserlasses« – ein echtes Billigprodukt! Es ist für den ZWA wirklich billig. Ums sein »Guthaben« beim ZWA aufzubrauchen, muß man 150 Jahre oder älter werden. Natürlich haben Bürger auch gegen die Billigkeitsregelung, konkret gegen die willkürliche Festsetzung der Höhe des Gebührenerlasses geklagt. Ein Urteil gibt es noch nicht.

Für die sog. »Umstellung« auf Gebührenfinanzierung bedurfte es keines Gerichtsurteils. Diese Möglichkeit ist bereits im Gesetz vorgesehen. Trotzdem dumm gelaufen für den ZWA, das hatte er damals nicht erkennen können: Jetzt sind sog. Altanschießerbeiträge nicht drin! Das wäre nämlich eine wunderbare zusätzliche Einnahmequelle, die nun leider verschlossen ist. Der ZWA möchte uns weismachen, daß er auf Altanschießerbeiträge »verzichtet« obwohl er gar nichts machen kann. Aber vielleicht findet sich ja ein Trick – und wenn es um den Preis einer Niederlage der Billigkeitsregelung vor Gericht ist – die Beitragspflicht einzuführen.

Der ZWA kann natürlich Vorwürfe zurückweisen. Es hilft ihm aber nichts. Die Vorwürfe bestehen zu Recht. Am schwerwiegendsten ist wohl der Vorwurf, daß der ZWA immer wieder versucht, mehr Geld für immer weniger Leistung aus den Bürgern herauszuholen. Hier denke ich an die ungebührlich hohen sog. Grundgebühren, sogar für abflußlose Gruben, und Gebühren für Anschlüsse, die nicht gewollt sind und nicht gebraucht werden – allein für die »Möglichkeit der Inanspruchnahme«.

daß überhaupt etwas in Bewegung gekommen ist verdanken wir ausschließlich den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die bereit waren und sind, auch vor Gericht für uns alle um leistungsgerechte Gebühren und Beiträge zu kämpfen. Der Erfolg ist nicht zu leugnen, er stimmt einfach!

Das mußten auch die Verwaltungsgerichte einräumen und denen kann man den Vorwurf der Gesetzes- und Bürgernähe und der ökologischen Vernunft nun wahrlich nicht machen. An deren sog. Rechtsprechung hat sich trotzdem nichts geändert.

In Kenntnis der Handlungsweise von Zweckverbänden und Verwaltungsgerichten und Landesregierung trifft es wohl zu, was der britische Ökonom John Maynard Keynes schrieb: Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, daß widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven schon irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.

JOHANNES MADEJA

Blumberger Erklärung

Resolution des Trassenplenums im Nabu-Zentrum Blumberger Mühle, 20.5.2011

Die im Trassenplenum versammelten Mandatsträger, Vertreter von Umweltverbänden und von der 380-kV-Freileitungsplanung Betroffenen erklären:

1. Für einen umwelt- und sozialverträglichen Netzausbau, für Transparenz und effektive Bürgerbeteiligung auf allen Stufen des Planungsprozesses!

Gerade angesichts der »Energiewende«, der verstärkten Nutzung regenerativer Energien und des dafür erforderlichen Netzausbaus, fühlen wir uns in unserem Engagement für einen umwelt- und sozialverträglichen Netzausbau bestärkt, denn es gibt zum umweltzerstörenden Freileitungsbau mit seinen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen technische Alternativen, die es zu nutzen und zu entwickeln gilt. Effektive Bürgerbeteiligung bei den Planungsprozessen ist der beste Schutz vor überdimensionierten Großprojekten und Fehlinvestitionen im Infrastrukturbereich, die von den Verbrauchern zu bezahlen sind.

Der Schutz von Natur und Umwelt, von gesunden Lebensverhältnissen dient der Gesamtgesellschaft und muß Vorrang vor den Profitinteressen der Netzbetreiber und der Energiekonzerne haben.

2. Für eine ganzheitliche Betrachtung der Kosten des Freileitungsbaus

In der öffentlichen Diskussion stehen beim Kostenvergleich von Freileitungsbau und Erdverkabelung nur die betriebswirtschaftlichen Kosten (Investitionen und Betriebskosten) im Mittelpunkt, die der Netzbetreiber an den Endverbraucher weitergibt. Die Kosten für die Schäden an der Landschaft, an Flora und Fauna, die wirtschaftlichen negativen Folgen für Forst- und Landwirtschaft, für Gewerbe und Tourismus, die gesundheitlichen Schäden, die Wertverluste der Immobilien und des Wohnwerts für die Anwohner, die Prozeßkosten und die politischen Kosten, die die Region tragen muß, werden nicht berücksichtigt.

Die Uckermark will Marktführerin im Naturtourismus im Land Brandenburg werden, mit der geplanten UM-Leitung wäre diese Chance vertan.

Wenn man dies alles berücksichtigt, dann ist die Erdverkabelung gegenüber der Freileitung die kostengünstigere Variante, selbst wenn die Investitionskosten wesentlich höher liegen sollten.

3. Der besondere Wert der Großschutzgebiete

Wir betonen den einmaligen Wert, den Großschutzgebiete gerade in einer industrialisierten Welt für alle haben, denn: »Diese herausragende Landschaft ist ein nicht reproduzierbares Gut: Kapital ist vermehrbar, Landschaft ist nicht vermehrbar. Gesunde, hochwertige, intakte Landschaft ist ein immer knapper werdendes Gut, ihr Wert, ihr Preis steigt. Und deshalb: Es darf nicht sein! Diese neue Freileitung ist eine zu viel!« (Prof. Succow, Gründer des Biosphärenreservats und Träger des Alternativen Nobelpreises 1997)

4. Wir fragen:

– Weshalb wird die Biosphärenreservatsverordnung nicht gegenüber dem Antragsteller durchgesetzt? Auch ein Netzkonzern hat die Schutzziele des Biosphärenreservats zu respektieren.

– Weshalb spielen Alternativen zur Trassenführung und zur technischen Ausführung im Planungsverfahren keine Rolle?

5. Befund zur Planung und zum Planungsverfahren

Die von 50 Hertz Transmission vorgelegte Planung und das bisherige Planungsverfahren weisen im Licht der Einwendungen der Träger Öffentlicher Belange derart gravierende Mängel auf, daß diese Planung nicht genehmigungsfähig sein kann.

6. Wir appellieren an die Landesregierung und die Abgeordneten:

Wir appellieren an die Bundes- und Landesregierung und die Abgeordneten des Bundestags und des Landtags Brandenburg, alle Möglichkeiten zum Schutz der Menschen im Trassengebiet und der Schutzgebiete, insbesondere im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, zu nutzen:

– dies kann durch die Verabschiedung eines Erdkabelgesetzes,

– durch die gesetzliche Verpflichtung zu Teilverkabelungen in Schutzgebieten und in der Nähe von Wohngebieten,

– die Heraufsetzung der Mindestabstände von Freileitungen zur Wohnbebauung und zu Schutzgebieten geschehen.

– Wir erwarten deutliche Signale seitens der Genehmigungsbehörde an den Projektanten, daß seine Planung nicht genehmigungsfähig ist und er sich ernsthaft mit Alternativen befassen soll. Ein für ihn negativer Planfeststellungsbeschuß wäre das deutlichste Signal, das seine Wirkung nicht verfehlen würde.

7. Wir appellieren, Ermessensspielräume verantwortlich zu nutzen!

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Politik, in den Ministerien und Landesämtern, aus diesem Befund verantwortlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und da, wo sie einen Ermessensspielraum haben, diesen konsequent zu Gunsten der Menschen und der Schutzgebiete zu nutzen, um die 380-kV-Freileitung, so wie geplant, nicht zuzulassen.

Erstunterzeichner:

Sabine Stüber, MdB; Michael Luthardt, MdL; Axel Vogel, MdL; Olaf Theiß, StV Angermünde SPD; Vertreter des BUND, des Nabu, des Kulturlandschaft Uckermark e.V.; Tourismusverein Angermünde; Ökodorf Brodowin e.V.; Landschaftspflegeverband Uckermark Schorfheide und die BI: Biosphäre unter Strom...

Baumpflege in Eberswalde



»Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus...« Doch der Mensch ist nicht wehrlos! Er kann zurückschlagen, wie an dieser Birke in der Eberswalder Saarstraße eindrucksvoll demonstriert wurde. LARS ZIEGLER von der Initiative baumloses Bauen in der Stadt (IbBiS) erklärt den Auftraggebern, der ausführenden Firma und auch der ein Auge zudrückenden Umweltbehörde seinen ausdrücklichen Dank und seine Anerkennung für die vorbildliche Umsetzung der IbBiS-Programmatik.

Gegen Gentechnik

Die Landwirtschaft ist für die Entwicklung der Dörfer in Brandenburg ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Neben den für dieses Bundesland typischen großen Agrarunternehmen sichern viele kleinere Familienbetriebe Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Der Ökolandbau hat eine wachsende Bedeutung und muß weiter gestärkt werden. Denn aktuell werden auf dem großen Markt Berlin zu wenige Bio-Produkte aus Brandenburg angeboten.

Der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen oder Tieren löst keines der Probleme, mit denen die Landwirtschaft in Brandenburg besonders hinsichtlich der extremen Witterung konfrontiert ist. Vielmehr begeben sich die Landwirte in die Abhängigkeit großer Saatgutkonzerne wie MONSANTO, die durch den Besitz von Patenten den Markt weltweit beherrschen. Durch das aggressive Verhalten dieser Konzerne in den Entwicklungsländern ist der Hunger dort noch größer geworden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen keine Nahrungsmittel ab, die aus solchen Pflanzen oder Tieren hergestellt sind.

Darum lehnt DIE LINKE den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen ab.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

5.000 Euro fehlen

Eberswalde (bbp). Seit Jahren weist die Eberswalder Ortsvorsteherin Karen Oehler auf fehlende Radabstellanlagen in Eberswalde hin. Jetzt teilte Baudezernentin Anne Fellner auf ihre Nachfrage hin mit, daß »zur Realisierung der geplanten Fahrradbügel (auf dem Marktplatz) ca. 5.000 Euro benötigt« werden. »Diese Mittel sind zurzeit nicht im Verwaltungshaushalt-Straßenunterhaltung vorhanden.«

Eine »Funktionsüberprüfung« hinsichtlich Radabstellanlagen gab es nur auf dem Marktplatz und am Bahnhof. In anderen Bereichen der Stadt werde bei Neubaumaßnahmen »die Anordnung von Fahrradabstellanlagen geprüft und nach Möglichkeit und Notwendigkeit realisiert«. Anne Fellner nennt als Beispiele für die Aufstellung von Fahrradbügeln die Grünanlage Messingwerk, den Spielplatz Michaelisstraße, das Altstadtcarree und die Puschkinstraße.

Die Erweiterung der Anlage am Bahnhof werde bezüglich Finanzierung und Flächenverfügbarkeit bei der Deutschen Bahn noch geprüft. »Zu einer positiven Entwicklung der Fahrradnutzung«, so die Baudezernentin, »haben die Bestrebungen der GLG (Krankenhauskonzern des Landkreises) beigetragen, die mit dem Angebot der derzeit 40 und zukünftig ca. 80 Mietfahräder zu einer Verbesserung der Situation am Bahnhof führen werden. Dafür stellt die Stadt Eberswalde die entsprechende Fläche zur Verfügung.«

Ausbau »Erlebnisachse«

Eberswalde (bbp). Für 406.857,67 Euro soll in diesem Jahr ein Rad-/Gehweg von der Brunnenstraße über die Schwappachwegpromenade und die Straße Am Zainhammer bis zur Rudolf-Breitscheid-Straße und zum Tierpark gebaut werden. Der Wegeausbau ist Teil der Maßnahme »Erlebnisachse Schwärzetal«.

Promenadenplanung online

Eberswalde (prest-ew). Für eines der wichtigsten und die künftige Stadtentwicklung prägenden, den Finowkanal sowie gleichzeitig die Innenstadt belebenden aktuellen Projekte wurde die Vorplanung erstellt. In einem aufwendigen Planungsprozeß und in Abstimmung mit allen Behörden sowie Betroffenen habe das Atelier Loidl mit dem Büro Jörg Wessendorf – Architekt aus Berlin eine tragfähige Vorplanungsvariante entwickelt, heißt es in einer Mitteilung des Eberswalder Stadtplanungsamtes. Diese sei im politischen Raum diskutiert, befürwortet und als Basis zur Weiterbearbeitung beschlossen.

»Zur Information aller Interessierten«, darauf weist die Leiterin des Stadtplanungsamtes Silke Leuschner hin, »kann die Planung auf der Homepage der Stadt Eberswalde unter der Rubrik Stadtentwicklungskonzepte – Stadtpromenade am Finowkanal/Vorplanung eingesehen werden.« (www.eberswalde.de/Stadtpromenade.2450.0.html)

Bürgerhaushalte in Worms und Bernau

Kommunalpolitiker aus Ost und West tauschen Erfahrungen

Bernau (linke). Zu einem Erfahrungsaustausch trafen sich dieser Tage Vertreter der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Bernau und der Stadtrat Sebastian Knopf, DIE LINKE.Worms (Rheinland-Pfalz). Einge-laden hatte DIE LINKE-Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann. Dabei bildete die Einführung des Bürgerhaushaltes den Schwerpunkt. Gemeinsam mit ihren Fraktionskolleginnen Christine Poppitz und Margot Ziemann berichtete Enkelmann über die unerwartet vielen Projektvorschläge, insgesamt 148, die bis Ende April 2011 in der Stadtverwaltung eingegangen waren. Ein Zeichen, daß die Bernauerinnen und Bernauer sehr wohl an der Mitgestaltung ihrer Stadt interessiert sind. Während hier das Verfahren über die Bekanntgabe im Amtsblatt sowie eine schriftliche Antragstellung funktioniert, können sich z.B. die Wormser Einwohner nur über das Online-Portal der

Stadtverwaltung am Bürgerhaushalt beteiligen und über den Verlauf informieren.

In Worms, einer kreisfreien Stadt, die finanziell lange nicht so gut dasteht wie Bernau, gibt es daher nicht nur einfache Projektvorschläge, sondern auch Einnahme- und Sparvorschläge. Wichtig empfanden alle, daß die Bürgerinnen und Bürger umfassend zum Bürgerhaushalt informiert werden. Es ist nicht ausreichend, einmal im Amtsblatt darüber zu schreiben und die Fristen sehr kurz zu halten – wie in Bernau. In Worms werden auf Druck der LINKEN Broschüren zur Verfügung gestellt. Dieser Gedankenaustausch sollte nicht der letzte sein, so war man sich am Ende sehr einig.

Übrigens – der erste Bürgerhaushalt wurde 1989 in Porto Alegre (Brasilien) durchgeführt. Inzwischen wurde die Idee von dort in viele Teile der Welt »exportiert«.

BÄRBEL MIERAU

Nachts nur noch 30 km/h

Eberswalde (bbp). Bernd Lange wohnt an der Eberswalder Straße in Finow. Er nutzte die Einwohnerfragestunde der Stadtverordneten-sitzung am 28. April für mehrere Fragen. Zur ersten Frage, ob die Verwaltung regelmäßig die Belastungen von Lärm, Staub, Abgasen, Geschwindigkeit und der Straßenbeläge messe und ob sie ihre Messungen auch auf Nebenstraßen ausdehne, antwortete Baudezernentin Anne Fellner, daß für derartige Messungen an der Bundesstraße das Landesumweltamt zuständig sei. Zu Messungen in anderen Straßen sagte sie nichts. »Warum geht man mit vorhandenem Datenmaterial zum Straßenverkehr so wenig in die Öffentlichkeit? Finden hierzu Gespräche mit Nachbargemeinden statt und werden gemeinsame Konzepte entwickelt?«, waren weitere Fragen. Dazu die Baudezernentin: Das Datenmaterial ist öffentlich zugänglich. Eine Abstimmung in planerischer Hinsicht mit den Nachbargemeinden findet regelmäßig statt. Schließlich fragte Bernd Müller, ob es der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten bekannt sei, »daß zunehmend polnische LKW die Stadt mit hoher Geschwindigkeit durchqueren, um einer Mautgebühr zu entgehen?« Desweiteren regte er an, aus Gründen des Lärmschutzes und des schlechten Straßenzustandes und des Abstandes der Häuser von der Straße die zulässige Nachtgeschwindigkeit auf der B167 (alt) und anderen Straßen auf 30 oder 40 km/h abzusenken. Desweiteren sollte die Straße Am Stadtpark in Finow bis zur Einmündung in die B167 für LKW über 3 Tonnen gesperrt werden. Die Diskussion zur Absenkung der Geschwindigkeit sollte nach Auffassung der Baudezernentin im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt erfolgen. Ansonsten seien die angesprochenen Probleme für die Verwaltung unter anderem Gründe, die für den Bau der B167 (neu) sprechen.

meinden findet regelmäßig statt. Schließlich fragte Bernd Müller, ob es der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten bekannt sei, »daß zunehmend polnische LKW die Stadt mit hoher Geschwindigkeit durchqueren, um einer Mautgebühr zu entgehen?« Desweiteren regte er an, aus Gründen des Lärmschutzes und des schlechten Straßenzustandes und des Abstandes der Häuser von der Straße die zulässige Nachtgeschwindigkeit auf der B167 (alt) und anderen Straßen auf 30 oder 40 km/h abzusenken. Desweiteren sollte die Straße Am Stadtpark in Finow bis zur Einmündung in die B167 für LKW über 3 Tonnen gesperrt werden. Die Diskussion zur Absenkung der Geschwindigkeit sollte nach Auffassung der Baudezernentin im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt erfolgen. Ansonsten seien die angesprochenen Probleme für die Verwaltung unter anderem Gründe, die für den Bau der B167 (neu) sprechen.

Spazierweg am Bäcker-Heyde-Stein freigelegt

Bad Freienwalde (nfd). Im Rahmen des Ganztagsunterricht hat Bernd Müller vom Verein Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. gemeinsam mit Schülern der Albert-Schweitzer-Schule aus Bad Freienwalde wieder mehrere Arbeitseinsätze gestartet. Der wunderschöne Spazierweg, welchen der Bäcker Heyde vor etwa 100 Jahren hier anlegte, ist sicher wenig bekannt. Mit viel Liebe war hier ein Terrainweg und der erste Wackelturm auf der Königshöhe errichtet worden. Vom Turm ist kaum noch etwas zu finden und auch den Weg konnte man nur mit Mühe erkennen. Doch bewaffnet mit Arbeitsgeräten und viel Ausdauer konnten die Schüler um Bernd Müller und Lehrerin Bärbel Buhlan den Weg wieder freilegen. Am Wegesrand wurde der Gedenkstein,

welcher an Bäcker Heyde erinnert, freigelegt. Er ist zwar gebrochen, aber wer genau hinsieht, kann die Inschrift noch erkennen.

Der Spazierweg führt auf ein wunderschönes kleines Plateau mit schönem Ausblick. Marek Gerhardt, Sven Lemke, Andreas Thäns, Marco Stoppel und Sarah Sägebarth genossen dort am Ende des letzten Arbeitseinsatzes bei einer Leckerei, die Bernd Müller vorbereitet hatte, mit sichtlichem Stolz ihr tolles Arbeitsergebnis.

Vielleicht nutzt ja der eine oder andere nun die Möglichkeit, den Spazierweg zu ersteigen. Er befindet sich direkt hinter den Garagen am Wohnblock Berliner Straße 66-69 in Bad Freienwalde. Weitere Informationen gibt es bei Bernd Müller von den NaturFreunden Oberbarnim-Oderland e.V. unter 03344-333200.

Der Befund ist noch schlimmer

Rolf Richters Blick in neue Fachliteratur ist aufschlußreich und seine Feststellungen können nicht in Frage gestellt werden, aber der Befund ist noch schlimmer. Die »Heimkehr der Faschisten« erfolgte in der BRD in jedem Metier:

Nicht nur im BND, sondern auch im Verfassungsschutz(!). Hier waren die Präsidenten bis zur Ernennung des bekennenden Sozialdemokraten Uhlrau, wenn man einmal vom Widerständler Otto John absieht, alles alte Nazis. Die Mediziner waren stark NS-belastet, das Militär, die Lehrer, die Kirchenleute als Deutsche Christen usw.

In den Universitäten gab es zunächst keine durchgreifende demokratische Erneuerung, die Professoren aus der NS-Zeit wurden einfach übernommen, sie waren ja Beamte und die BRD bekannte sich zu den »althergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums«. Man pflegte damals (wider besseren Wissens) die Fiktion des »unpolitischen Beamten«. Das war der Mann, der nur seine Pflicht getan hatte, der stumme, blinde Mitläufer, der zuverlässige Erfüllungsgehilfe, der, wenn die Befehlslage klar war, keine Fragen stellte. Wenn es sein mußte, diente man auch einem »demokratischen Staat«, warum auch nicht. Das waren im Westen die Sieger der Geschichte, unverzichtbare Helfershelfer im Kalten Krieg, so glaubten die Westalliierten, die der »Heimkehr der Nazis« nichts entgegengesetzen mochten. Offene faschistische Propaganda wurde allerdings unterbunden. Deshalb wurde die Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten, die KPD allerdings auch, um den demokratischen Staat vor dem Totalitarismus zu schützen, da war braun gleich rot.

Die »Heimkehr der Nazis« bedeutete zugleich die Ausgrenzung und Diskreditierung der Emigranten. Das sollte noch Jahre später Willy Brandt, der Kanzlerkandidat der SPD, der Norwegenflüchtling, bitter erfahren.

Es gab ein paar Remigranten, die an westdeutschen und Westberliner Hochschulen und Universitäten Aufnahme fanden: die Politologen Ernst Fraenkel, Richard Löwenthal, Ossip K. Flechtheim und der Germanist de Boor in Westberlin, die Philosophen Horkheimer und Adorno in Frankfurt, um die prominentesten zu nennen, aber sie konnten das geistige Klima in den westdeutschen Universitäten nicht prägen, sie waren Außenseiter.

In der westdeutschen Geschichtswissenschaft herrschte – natürlich demokratisch gewendet – der alte Geist. Da diskutierte man doch allen Ernstes noch in den 60er Jahren über die »Kriegsschuldfrage« des 1. Weltkriegs und empfand es als Hochverrat, als der Ham-

burger Historiker Fritz Fischer seine Studie »Deutschlands Griff zur Weltmacht« publizierte. Deutschland als treibende Kraft zum 1. Weltkrieg, das ging über die Hutschnur, egal was die Quellen, z.B. das Septemberprogramm von 1914, das er in den Archiven gefunden hatte, aussagten.

Natürlich gab es auch ein paar freie Geister z.B. Eugen Kogon, der aus der Erfahrung seiner KZ-Inhaftierung den »SS-Staat« geschrieben hatte und auf einen Lehrstuhl berufen worden war, aber das war die Ausnahme.

Die Zunft achtete sehr darauf, daß kein unzüftiger Zeitgenosse zum Zuge kam.

Das war auch ein Grund für die Studentenbewegung von 1968. Da hatten einige interessierte Studenten mal nachgefragt und, weil sie keine klare Antwort erhalten hatten, selbst nachgelesen, in den Dissertationen der sie unterrichtenden Professoren und waren entsetzt, was sie da lesen mußten. Bekenntnisse zur Weltanschauung des Nationalsozialismus, zu Rassismus und Herrenmenschentum, zu Deutschtümelei und Germanenwahn.

Da schlugen sie Alarm, die Störenfriede, jetzt (1966ff), wo das Nazireich doch schon zwanzig Jahre untergegangen war und man sich doch in den neuen Verhältnissen schön eingerichtet und mit ihnen seinen Frieden geschlossen hatte.

Die Kritik der Studentenbewegung, der 68er, an der Universität und der dort betriebenen Wissenschaft, das ist fast schon vergessen, hat den Weg frei gemacht zu einer echten Neuorientierung, zu einem neuen distanziernten Verhältnis zur eigenen Geschichte. In den folgenden Jahrzehnten wurden in der BRD die Voraussetzungen geschaffen für die Arbeiten, auf die sich Rolf Richter bezieht.

Übrigens war es eine Ohrfeige, die Beate Klarsfeld dem damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, dem ehemaligen NS-Propagandaoffizier, im Bundestag verabreichte, die der westdeutschen Öffentlichkeit die Durchdringung von Gesellschaft und Politik mit alten Nazis vor Augen führte.

Später war es Rolf Hochhuth, der den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger mit seinen Todesurteilen als Marinerechter im 2. Weltkrieg konfrontierte und zu der empörten Feststellung veranlaßte: »Was gestern Recht war, kann doch heute nicht Unrecht sein!« Der Mann hatte mehr als zwanzig Jahre Zeit gehabt, über seine Urteile als Marinerechter nachzudenken, er hat sie nicht genutzt, er hatte alles verdrängt und konnte sich an nichts mehr erinnern. Er war ein nicht untypischer Vertreter der »demokratischen Elite« des Landes, die dann von den Trägern der »Gnade der späten Geburt« (H. Kohl) abgelöst wurde.

HARTMUT LINDNER

Arm dran für immer?

Die Landesarmutskonferenz Brandenburg (lak) lädt am 27. Juni, 11 Uhr, zu ihrer diesjährigen Fachtagung zum Thema »Arm dran für immer? – Wege aus der Armut« in das Tagungshaus Hoffbauerstiftung (ehemals Blauart) auf dem Hermannswerder in Potsdam ein. Daran beteiligt ist aus Eberswalde das Eltern-Kind-Zentrum der evangelischen Kirchengemeinde Finow im Brandenburgischen Viertel.

Armut muß kein Schicksal sein, aber es kann dazu werden. Damit dies nicht geschieht, werden Wege und Möglichkeiten präsentiert, die aus schwierigen Lebenslagen herausführen. Projekte, die Türen öffnen – Projekte, die Möglichkeiten erschließen ein Teil des Ganzen zu sein und nicht ausgegrenzt am Rand stehen zu müssen. Die Fachtagung der lak nimmt in diesem Jahr den Bereich Familie und Bildung in den Blick. Was löst Armut aus? Was kann dagegen getan werden?

Es ist immer wieder wichtig, sich in die Situation von betroffenen Menschen hineinzuversetzen, auf deren Schicksal hinzuweisen. Armut hält der Gesellschaft einen Spiegel vor. Armut beeinflusst das Lebensgefühl aller. Gute Ideen sind zu schade, um sie für sich zu behalten. Im Mittelpunkt der Fachtagung steht deshalb die Praxis. Es soll exemplarisch aufgezeigt werden, wie an verschiedenen Orten im Land Brandenburg mit unterschiedlichen Ansätzen Armut vermieden wird und Wege aus der Armut aufgezeigt werden. Das geht aber nur, wenn vor Ort Kommunen, freie Träger und Selbsthilfeorganisationen Hand in Hand wirken. Deshalb will die lak einen Schulterschuß zwischen Betroffenen, Helfern und kommunalen Gebietskörperschaften anregen. Für bessere Lebensbedingungen im Land Brandenburg - für Chancengleichheit - für den mutigen Kampf gegen die Auswirkungen von Armut.

ANDREAS KACZYNSKI,
Vorsitzender des lak-SprecherInnenrats

Die 2009 gegründete Landesarmutskonferenz hatte im vergangenen Jahr mit dem ersten »Brandenburger Sozialgipfel« in Potsdam auf das Thema Armut aufmerksam gemacht. Die diesjährige Fachtagung »Arm dran für immer? – Wege aus der Armut« nimmt besonders die Bereiche Familie und Bildung in den Blick.

Zum Thema »Kinder-Kegel-Kiez« werden das Familienzentrum Potsdam sowie das Eltern-Kind-Zentrum Brandenburgisches Viertel aus Eberswalde vorgestellt, wobei den Fragen nachgegangen wird »Wie erreichen und stärken wir Kinder und Eltern in schwierigen Wohnumfeldern? Wie können wir sie dabei unterstützen, ihre Stärken zu sehen und einzubringen? Wie können wir Brücken zwischen verschiedenen Stadtteilen schlagen?«

In weiteren Projekten geht es darum, ob »Konsum wirklich glücklich« macht, wie moderne Jugendarbeit jungen Menschen hilft ihre Potentiale zu entwickeln oder wie man mit einem Freiwilligendienst generationsübergreifend Wege aus der Armut finden kann.

Anzeige

Wasserleitung defekt?

Dach undicht?

Anstehende Arbeiten im Haus oder Garten?

Dann nicht zögern und melden bei:

hema montagen marwinski

Telefon: 0160 / 83 149 65

Schnell, unkompliziert und günstig!

Kein Soldat in fremdes Land

85 Prozent der Menschen in der BRD wollen nicht, daß deutsche Soldaten irgendwo für fremde Interessen ihr Leben aufs Spiel setzen.

Den Älteren ist der 2. Weltkrieg mit Stalin-grad, mit den in Kellern zugebrachten Bombennächten, den von Deutschen begangenen Verbrechen noch im Gedächtnis. 1945 saßen einige der Schuldigen in Nürnberg vor Gericht.

Das Völkergericht müßte noch viele verurteilen. Was aber, wenn die Verbrechen von den »Siegern der Geschichte« ausgehen? Heute bestimmen die Mächtigen der USA, wer als »Schurke« für vogelfrei erklärt und mittels gezielter Tötung liquidiert wird. Jüngster »Erfolg« war die völkerrechtswidrige Ermordung von Osama bin Laden durch eine US-Spezialeinheit in Pakistan. Parallel laufen ebenso völkerrechtswidrige Versuche, den libyschen Staatschef Gaddafi mittels gezielter Bombenangriffe zu liquidieren. Getroffen wurden Kinder.

Wer glaubt, solch ein Umgang mit dem Völkerrecht wäre neu und erst eine Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001, der irrt. Die gezielte Ermordung mißliebiger Politiker anderer Länder gehörte schon in den 1950er und -60er Jahren zur üblichen Praxis der US-Führung. Schon zum Putsch gegen den Präsidenten von Guatemala Jacobo Arbenz Guzman im Jahr 1954 hatte die CIA die Putschisten mit Todeslisten versorgt. Arbenz wurde zum Rücktritt gezwungen. Gegen Patrice Lumumba, den Präsidenten von Kongo, hatte US-Präsident Eisenhower im August 1960 den Mordbefehl gegeben. Die vielen CIA-Mordkomplotte gegen den kubanischen Staats- und Parteichef Fidel Castro sind ebenso bewiesen, wie die Verstrickungen der USA in den faschistischen Putsch am 11. September 1973 in Chile, der u.a. den Tod des gewählten Präsidenten Salvadore Allende zur Folge hatte. Von der verbrecherischen Kriegsführung der US-Army in Vietnam ganz zu schweigen. Dafür stand bislang niemand vor Gericht.

Doch die Kriegsverbrecher sind nicht nur in den USA zu suchen. Daß BRD-Außenminister Josef Fischer die Bombardierung in Jugoslawien forderte, war entsetzlich. Der »humanitäre Einsatz« der Bundeswehr in Afghanistan offenbaren mehr und mehr: Die BRD führt Krieg in fernen Ländern. Deutsche Soldaten töten dort Männer, Frauen und Kinder. Und zunehmend müssen deutsche Soldaten das Weltmachtstreben ihrer Regierung mit dem Leben bezahlen.

Am 22. Juni ist es 70 Jahre her, daß die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion überfallen hat. Der Krieg brachte unendliches Leid über die Völker der Sowjetunion. Aber Leid und Elend kamen auf uns zurück.

Ist das heute vergessen? Die Mehrheit der Menschen in der BRD will nicht, daß immer wieder deutsche Soldaten in fremde Länder ziehen und Frauen und Kinder töten. So kann nur immer wieder unsere Forderung sein: Kein deutscher Soldat in fremdes Land!

NORBERT GLASKE

Es geschah vor 70 Jahren –

Und heute wieder?

Wir schreiben das Jahr 1941 und es ist Anfang Juni. Züge rattern über die Gleise von West nach Ost, aus Frankreich nach Bialystok, an der Grenze zur Sowjetunion. In einem saß mein Vater. Es war kein normaler Zug. In ihm saßen, einem neuen Einsatzort entgegenfiebernd, nur viele junge Wehrmachtsangehörige. Ob es wohl bei der Durchfahrt in Berlin einen kurzen Aufenthalt gibt, um noch einmal nach langer Trennung ein Wiedersehen mit den Eltern, Ehefrauen oder Kindern haben zu können? Und sei es nur für ein paar Stunden am Bahnhof, auf dem Vorplatz.

Den Insassen waren das Fahrziel und der Einsatzbefehl nicht bekannt, nur die Richtung. Und die hieß gen Osten. Die Vorbereitung eines beispiellosen Vernichtungsfeldzuges und der Tag des Überfalls auf die Sowjetunion waren noch »Geheime Kommandosache«. Nur eine böse Ahnung schlummerte nach fast zwei Kriegsjahren und der Eroberung halb Europas – im »Blitzkrieg« – durch das faschistische Deutschland in den Gedanken der mißbrauchten Soldaten. Sieggewohnt und zum Gehorsam gedrillt zogen sie auf Befehl von einem Kriegsschauplatz zum anderen. »Führer befiehlt, wir folgen Dir«!

Das Wort »Kollateralschaden« war zu jener Zeit noch nicht erfunden, dafür aber eine nicht näher definierte Bedrohung Deutschlands durch »feindliche Mächte« und ein Anspruch auf die unermeßlichen, für das großdeutsche Reich nicht zugänglichen, aber notwendigen Rohstoffquellen. Man wollte sich »gesundstoßen« an den sich im Besitz »barbarischer Untermenschen« befindlichen Reichtümer. Ein räuberischer Krieg war das Mittel zum Zweck, dem Kapital zu dienen und dafür Menschen zu opfern. Am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

66 Jahre mußten sich deutsche Regierungen im Dienste des Kapitals zurückhalten, Forderungen nach Kriegseinsätzen im Ausland offen auszusprechen. Bis 1989 gab es eine Welt-

macht, die in der Lage war, geheime Gelüste im Zaum zu halten. Die friedliche Revolution auf deutschem Boden hielt 21 Jahre (eine Generation!) die Berliner Regierung in Hab-acht-Stellung vor überreilten Machtansprüchen. Aber jetzt ist ihre Zeit gekommen. Im Drang, wieder eine Weltrolle spielen zu wollen, die Krisenherde in der Welt beseitigen zu müssen, erdreistet sich im Zusammenhang mit der Abschaffung der Wehrpflicht ein Minister der Regierung Merkel, Auslandseinsätze der Bundeswehr als ein probates Mittel zur »Abwehr von Bedrohungen« anzukündigen.

Das darf nicht sein!!!

Es gibt Möglichkeiten, diesem Treiben verantwortungsloser Elemente in den Arm zu fallen. Eine davon ist die Teilnahme am Pfingsttreffen der SDAJ Berlin- Brandenburg vom 10. bis 13. Juni in Bernau, Ortsteil Helenenau. Dort treffen sich Jugendliche in einem Zeltlager zum Gedankenaustausch, zu Gesang und Tanz, um neue Kraft zu gewinnen für ein gemeinsames Vorgehen gegen eine Politik der Gewalt, Unterdrückung demokratischer Grundrechte, für den schnellen Ausstieg aus jeglicher Anwendung von Atomkraft, für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, für Bildungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten eines jeden jungen Menschen, unabhängig vom Einkommen, für den Frieden in der ganzen Welt.

HELMUT BRAUNSCHWEIG



Pfingsten in Helenenau vom 10. bis 13. Juni

Bernau (bbp). Die Ortsgruppen Berlin und Leipzig der Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) veranstalten mit Unterstützung verschiedener Jugendinitiativen in diesem Jahr zum ersten mal das »Ostcamp«. Unter dem Motto »working class, kick your ass« (heißt soviel wie: »Arbeiterklasse, beweg Deinen Arsch«) stehen am Pfingstwochenende vom 10. bis 13. Juni in Bernau-Helenenau diverse politische Diskussionsrunden auf dem Programm. Dabei geht es unter anderem um die Themen Krise & Jugend, Antifa-Situation in Ostdeutschland, Antimilitarismus und SchülerInnenpolitik. Daneben spielen verschiedene Bands, elektronische Tanzmusik und Arbeiterlieder reichen sich die Hand. Das ausführliche Programm und weitere Infos gibt es im Internet auf www.ostcamp.de.

Kriegsspiele im Barnim

Altenhof/Eberswalde (bbp). Die Bundeswehr hat den Krieg geübt. Etwa vierzig Soldaten vom Stabs- und Versorgungszug des IV. Bataillons des Luftwaffenausbildungsregimentes Strausberg zogen mit vier Militärfahrzeugen am 24. und 25. Mai durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Die Kreisverwaltung Barnim unterstützte die Kriegsübung, indem sie dafür ihre »Materialien des Katastrophenschutzes, beispielsweise dem Bahnrettungssatz und Rettungswesten« und ein Boot, mißbraucht hat.

Die »Materialien des Katastrophenschutzes« sind, wie schon der Name sagt, Dinge, die zum Schutz der Bevölkerung in Katastrophenfällen angeschafft wurden. Es bestand die Gefahr, daß diese Materialien nun durch die Kriegsspiele des Militärs »verbraucht« oder zumindest in Mitleidenschaft gezogen werden und dann im Katastrophenfall nicht mehr zur Verfügung stehen oder auf Kosten des Kreishaushalts erneut angeschafft werden müssen.

Davon abgesehen fand die Kriegsübung im Biosphärenreservat statt. Das geplante Überqueren des Großen Lotzinsees mit einem Floß konnte durch die rechtzeitige Information in BBP-Forum und Barnim-Blog und das daraufhin erfolgte beherzte Engagement eines Lesers abgewendet werden. Allerdings mißbrauchte die Bundeswehrkompanie nunmehr den Werbellinsee für ihre Kriegsspielchen, wobei das martialische Aussehen der Stabskrieger, mit Sturmgewehr im Anschlag und beschmierten Gesichtern, sehr auffällig durch die knallroten Schwimmwesten karikiert wurde.

Aufgrund der Beteiligung des Landkreises an der Kriegsübung fragte die Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreistag Barnim bei Landrat Bodo Ihrke nach. »Am meisten interessiert mich, wie eine solche Unterstützung der Bundeswehr beantragt bzw. vereinbart wird und zu wessen finanziellen Lasten dies geht.«

Der Landrat antwortete unverzüglich. Demnach lag im Sachgebiet Bevölkerungsschutz

(SG BevS) »ein Unterstützungsersuchen der an der Übung beteiligten Kräfte vor. Dieses Ersuchen wurde auf Grundlage der Vorschriften zur Amtshilfe geprüft und befürwortet. Für den Betrieb der bereit gestellten Materialien fallen keine Sach- oder Personalkosten für die Kreisverwaltung an.« Beschädigungen würden nach den dafür geltenden Vorschriften durch die Bundeswehr ersetzt werden.

»Ergänzen möchte ich«, so Ihrke weiter, »daß es seit dem Jahr 2007 zwischen IV. Bataillon Luftwaffenausbildungsregiment Strausberg und dem SG BevS eine gute Zusammenarbeit gibt, in deren Rahmen beiderseitige Ausbildungsmaßnahmen, einschließlich einer gemeinsamen Übung zur Hochwasserabwehr im Jahr 2008, durchgeführt wurden. Für die MitarbeiterInnen des SG BevS ist es im Interesse einer bestmöglichen Aufgabenerfüllung im Brand- und Katastrophenschutz selbstverständlich, diejenigen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, z.B. Polizei, Bundespolizei oder Bundeswehr, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ebenso zu unterstützen, wie diese den Landkreis als untere Katastrophenschutzbehörde jederzeit unterstützen.«

Selbstverständlich vergaß Ihrke auch nicht an die Hochwassereinsätze der Bundeswehr zu erinnern. Und Landrat Ihrke hängte noch ein Post scriptum seinem Schreiben an Margitta Mächtig an: »PS.: Eine Unterstützung von aktiven Soldaten auf Grund von Hilfsersuchen der Bundesländer wäre nicht erforderlich, wenn das bürgerschaftliche Engagement höher wäre. Insofern bitte ich alle Leserinnen und Leser der BBP sowie alle Bürger des Landkreises herzlich, sich bei künftigen Sonderlagen, wie z.B. einem Hochwasser sowohl beim Amt Britz-Chorin-Oderberg als auch beim SG BevS als freiwillige Helfer zum Befüllen von Sandsäcken zu melden. Die ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz des Landkreises wären für derartige Unterstützungsleistungen engagierter Bürger sehr dankbar.«

Für Eberswalde nicht nachahmenswert

Eberswalde (bbp). Die letzte Zusammenkunft des Bürgermeisters Friedhelm Boginski mit den Eberswalder Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern fand, sehr kurzfristig einberufen, kurz vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2010 statt. In dieser Beratung hatte Boginski angekündigt, daß sich die Verwaltungsspitze im Januar 2011 über den weiteren Umgang mit den in den Einwohnerversammlungen gegebenen Anregungen, Hinweise und die aufgezeigten Mißstände verständigen werde.

Darauf Bezug nehmend fragte der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn am 28. April nach dem Bearbeitungsstand seiner Fragestellungen vom Herbst vergangenen Jahres, die er dem Bürgermeister in

Vorbereitung der Einwohnerversammlung zugesandt hatte. »Die Fragen sind zum Teil erledigt bzw. befinden sich in der Bearbeitung«, so die Antwort des Bürgermeisters.

Auf eine weitere Frage nach den Terminen der Ortsvorsteherberatungen im Jahr 2011 sagte Boginski, die nächste Beratung werde am 28. Juni stattfinden.

»Der Bürgermeister der Nachbargemeinde Schorfheide, Herr Uwe Schoknecht«, so die dritte Frage des Ortsvorstehers, »führt kontinuierlich (alle 8 Wochen) und abwechselnd in den Ortsteilen die Beratung mit den OrtsvorsteherInnen durch. Wäre dies nicht auch ein nachahmenswertes Beispiel für Eberswalde?«

Dazu die schlichte Antwort von Friedhelm Boginski: »Nein.«

Stiftungsfest der WaldWelten

BeGeisterung für den Wald

Die Stiftung WaldWelten wurde gemeinsam von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) und der Stadt Eberswalde im Oktober 2010 gegründet. Unter dem Motto »... wir wollen Sie für Wald begeistern!« findet am 10. Juni im Forstbotanischen Gartens das Stiftungsfest statt.



Waldgeister (auf dem Foto von oben: Aleksandra Köhn, Anna Finke, Ronja Hippchen) laden um 13.30 Uhr zu einem bunten und vielfältigen Programm. Zum Auftakt wird der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Brandenburg Dr. Helmuth Markov erwartet. Ab 15 Uhr sorgen zahlreiche Aktionen für Unterhaltung und Anregung, sich mit dem Thema Wald zu beschäftigen. Um 19.30 Uhr wird die Gruppe Aquabella die Besucher mit Weltmusik – a capella präsentiert – verzaubern. Der Eintritt ist frei.

Mit dem Stiftungsfest möchte die Stiftung WaldWelten auf ihre Aktivitäten hinweisen und diese mit Leben erfüllen. So hat sie vor wenigen Tagen die Zusage für die Förderung eines Forschungsprojektes durch die Eva Mayr-Stihl Stiftung aus Baden-Württemberg erhalten. In den nächsten Jahren sollen dabei die Folgen der vorhergesagten Klimaveränderung auf die heimischen Wälder untersucht werden. Gerade im internationalen Jahr der Wälder 2011 liegt ein weiterer Schwerpunkt der aktuellen Stiftungsaktivitäten in der Umweltbildung für Kinder und Jugendliche.

Zur Festveranstaltung sind alle Eberswalder Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

Bis Jahresende sind weitere Veranstaltungen für Familien und alle erwachsene Waldbegeisterte vorgesehen. In Zusammenarbeit mit dem Forstbotanischen Garten werden unter dem Motto WaldWildnis derzeit mehrere WaldWanderungen in die nähere Umgebung geplant.

JOHANNES GIEBERMANN

Atze und Keule – sammeln Altpapier

Sag mal Keule, wat machst'n da? *Na ick bündele Altpapier.* Warum machst'n det? *Na ick will't nachher wegbringen.* Aber Keule, weeste det nich, die Bündelsammlung ist doch abjeschafft! *Na und wo soll ick nun hin mit det Papier?* Na inne blaue Tonne schmeißen. *Ick habe keene blaue Tonne.* Na die mußte dir natürlich bestellen. Da passen 120 Liter rin. *Aber die Tonne paßt doch denn nich in mein Auto.* Du brauchst doch ja keen Auto, Keule, die Tonne wird doch abjeholt. *Und wie is det mitte Bezahlung, Atze?*

Wat heeßt hier Bezahlung? *Na ick will det Papier doch vakoofen!* Det darfst du nich! *Wieso darf ick det nich?* Weil du det Papier umsonst abgeben mußt. *Wieso? Is doch mein Papier, kann ick mit machen wat ick will.* Kannste nich! *Wieso?* Weil det so inne Satzung steht. *Wat für'ne Satzung?* Inne Abfallentsorgungssatzung vom Kreis. *Na die gilt doch für Abfall, oder?* Die gilt ooch für Papier! Altpapier is Abfall.

Na Atze, det weeiß ick ja nu besser, hab' ick schon inne Schule jelernt. Altpapier is ein Wertstoff, ein wertvoller Rohstoff. Also Keule, du bist ja nu echt von jestern! Die vom Kreis haben det neu defi., defi.. definiert, so heeßt det. Altpapier is Abfall - basta! Natürlich is der wat wert, sogar ne ganze Menge. Deshalb will der Kreis den ja ooch haben.

Also ick soll dem Kreis mein wertvollet Papier umsonst jeben, damit der det denn vakoofen kann. Det sehe ick nich ein! Ick brauch' det Jeld für mein'

neuen Fernseher - von wejen digital und so! Also Keule, sag ick dir, so jeht det nich! Du muß dem Kreis det Papier jeben von wejen Anschluß- und Benutzungszwang. Der Kreis will et denn einsammeln und verkoofen und det Jeld kommt denn in den großen Topp, damitte für dein' Müll nich so viel bezahlen muß - is doch ne jute Sache! *Also Atze: der Kreis kann mir zwingen, ihm mein Papier zu jeben - ohne nischt. Dafür soll ick et in die blaue Tonne schmeißen.* Jetzt hastet jeschnallt, Keule!

Aber, Atze, wat is nu mit det Jeld für mein' neuen Fernseher? Daraus wird nischt Keule, aber dafür wird ja der Müll billiger, wenichstens nich teurer - sagen die vom Kreis! Deshalb müssen det alle so machen, det nennt sich Solidarität.

Det kenn' ick Atze, noch aus de DDR, da hab' ick ooch schon nischt von jehabt und inne Zeitung hamse denn jeschriem, det war alles nur Betruch. Det isset aber jetz' nich, Keule, jetz is ja alles anders - nämlich ville besser als inne DDR! *Davon, Atze, habe ick aber noch nich so ville jemerkt.* Na Keule, du kannst doch jetz' in'n Westen fahr'n, konnste früher nich! *Kann ick jetz' ooch nich, Atze, ick habe dafür keen Jeld, von wejen Hartz IV und so. Also bleib mir weg mit deine Solidarität, ick vakoofe mein Papier doch selber, wie inne DDR bei SERO.* Dürfst du nich Keule und kannst nich - hab' ick dir doch vaklickert - von wejen die Satzung.

Und wenn ick et nu doch selber vakoofe? Jeht nich Keule. Erstens dürfst det Papier nich

selbst wegfahren, weil de nämlich Abfall nich transportieren dürfst und zweetens ham se dein Papierfritzen sein Laden dicht jemacht - wirste sehen, der darf dir det Papier jar nich mehr abkoofen und SERO jibt et ooch nich mehr.

Na Atze, denn mach ick mir aber wenichstens mit det Papier 'ne warme Stube. Darfst du ooch nich, Keule, weil det verboten is - da jibt's ne Verordnung. Wenn se dir erwischen, denn biste dran!

Also Atze, denn sammel ick ebent Schrott - Eisen, Alu, Messing, Kupfer und so. Der neue Fernseher muß kommen! Det kannste machen, Keule, wer weeiß wie lange noch! *Wieso, Atze? Na, den Schrott will doch ooch der Kreis haben - du hast aber ooch jar keene Ahnung, haste det nich inne Zeitung jelesen? Muß ick den denn ooch umsonst abjeben, Atze?* Natürlich Keule, der Kreis will den ooch umsonst haben. Det is wie mit det Papier, aber noch darfst dein Alt-eisen zum Schrotthändler bringen. Kann sein aber nich mehr lange - vielleicht bis nach die nächste Satzung, wenn Schrott ooch als Abfall def., def.. iniert is!

JOHANNES MADEJA



impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: John, Giebertmann
 Markmann (3), Pofahl
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktionschluß: 2. Juni 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.
 Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30.6.2011, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)